Rhedder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholter Anzeiger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Neutorstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 173 | Mittwoch, den 24. Juni 1931 | Jahrgang 1931

Tagesfragen.

In der Schwebe! Die reparationspolitische Lage ist am Dienstag im Reichskabinett erörtert worden. Da die deutsche Regierung bereits offiziell zustimmend auf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover geantwortet hat, konnten weitere Beschlüsse natürlich nicht gefaßt werden. Man wartet die weitere Enwicklung der diplomatischen Verhandlungen ab, die in erster Linie zwischen Washington und Paris geführt werden. Wenn auch aus ganz bestimmten Gründen niemand daran zweifelt, daß Frankreich schließlich doch dem Hoover-Plan auch zustimmen wird, so bedeutet die Haltung der französischen Regierung doch eine gewisse Versteifung. Der Hauptwiderstand Frankreichs gilt, wie die französische Presse zum Ausdruck bringt, der amerikanischen Forderung, daß auch die ungeschützten Teile der Reparationszahlungen auf ein Jahr eingestellt werden. Frankreich begründet seinen Einwand mit dem Hinweis, daß es die Gelder zum Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete brauche. Könnte diese Behauptung im einzelnen nachgeprüft werden, so würde sich zeigen, daß bereits im Jahre 1928 fast alle zerstörten Gebäude, Fabriken, Schulen usw. bereits wieder instand gesetzt waren. Im Jahre 1928 wurde von der französischen Generaldirektion für die zerstörten Gebiete eine Denkschrift veröffentlicht, in der über den Stand der Wiederaufbauarbeiten genaue Zahlen enthalten sind. Da die Wiederaufbauarbeiten in den nächsten drei Jahren ganz bestimmt noch Fortschritte machten, so sind an der französischen Behauptung, die ungeschützten deutschen Tribute seien unbedingt zum Aufbau der zerstörten Gebiete notwendig, erhebliche Zweifel berechtigt. Diese Zweifel sind umso mehr am Platze, als die von Deutschland an Frankreich abgeführten Summen auch eine deutliche Sprache reden. Sollten die zerstörten Gebiete in Frankreich tatsächlich noch nicht wiederhergestellt sein, so bleibt als Schlußfolgerung nur übrig, daß Frankreich die deutschen Zahlungen zur Befreitung seiner eigenen Rüstung und der Rüstungen seiner Hilfsvölker benutzt hat. Die französische Behauptung, daß auf den ungeschützten Teil der französischen Reparationszahlungen wegen des Wiederaufbaus nicht verzichtet werden könne, ist weiter nichts als ein Vorwand, um dem amerikanischen Plan Widerstand entgegensetzen zu können. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich die Amerikaner nicht beeinflussen lassen, denn sie sind auf jeden Fall die stärkeren. Es wird sogar, wie aus Newyork gemeldet wird, in maßgebenden amerikanischen Kreisen darauf verwiesen, daß das einjährige Moratorium nicht ausreichen werde, sondern daß über eine gänzliche Revision des Weltschuldenproblems vor Ablauf eines Jahres ein erweiterter Plan ausgearbeitet werden müsse. Bevor über die Gesamtlage ein abschließendes Urteil abgegeben werden kann, muß jetzt zunächst der Beschluß der französischen Regierung abgewartet werden. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß am Mittwoch in Paris die Entscheidung fallen soll. Die Antwort Frankreichs wird zeigen, ob sich der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten verwirklichen läßt. Neue internationale Verhandlungen werden sowohl in Washington wie in Berlin als unzweckmäßig angesehen. Es wäre auch kaum wegen der Kürze der Zeit möglich, bis zum 1. Juli noch internationale Vereinbarungen zu treffen.

★

v. Seeckts politische Bekenntnisse. Der ehemalige Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, hat sich von dem Sonderberichterstatter Geo London vom Pariser „Journal" interviewen lassen. Er hat dabei allerhand Aeußerungen getan, die das politische Charakterbild des Generals, der bekanntlich der Deutschen Volkspartei angehört, noch schärfer umreißen. Man erinnert sich, daß General von Seeckt sich gleich nach dem 14. September viel Mühe gab, die Nationalsozialisten, bei denen er allerlei starke nationale Kräfte entdeckt haben wollte, für regierungsfähig zu erklären, und er scheint von dieser Vorliebe noch nicht kuriert zu sein. Er sagte jetzt gegenüber Geo London, das deutsche Volk breche unter dem doppelten Gewicht der inneren Schwierigkeiten und der Kriegslasten zusammen. Aus den vier Millionen Arbeitslosen würden im kommenden Winter wohl sechs oder sieben Millionen werden. Für alle Staatsbürger ohne Ausnahme bedeute die Lage ein gradweises Sinken des Lebensstandards. Die fürchterlichen Lebensbedingungen bildeten eine Begünstigung für die kommunistische Propaganda. „Kann das so weitergehen? Hat Frankreich selber ein Interesse an unserem völligen Niedergang, am Heraufkommen des Kommunismus in einem Lande, mit dem es gemeinsame Grenzen hat?" Auf die Frage nach der in der Presse, vor allem der englischen Presse, erwähnten politischen Betätigung des früheren deutschen Kronprinzen und über dessen Projekte (Kandidatur zur Reichspräsidentschaft) erwiderte Seeckt, daß das ein bloßes Gerede sei. Der Kronprinz denke nicht daran, irgendeine Rolle zu spielen. Absurd wäre es, das Gegenteil zu behaupten oder zu unterstellen. General von Seeckt fügte dann hinzu: „Ich frage mich, wieso Frankreich so stark die Bildung einer Rechtsregierung in Deutschland zu fürchten scheint. Eine solche Regierung würde doch in keiner Weise die jetzige Auffassung in außenpolitischer Hinsicht ändern. Es wäre ganz genau dasselbe." Was den Stahlhelm betrifft, so handele es sich ganz einfach um eine „Organisation für den staatsbürgerlichen Selbstschutz", deren Mitglieder im nötigen Falle den Unruhemachern den Weg zu sperren entschlossen seien und dem Reichsbanner und der Polizei bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung behilflich sein wollen. Zum Schluß stellte Seeckt noch einmal die Forderung nach Verdoppelung der Zahl der Reichswehrmannschaften auf. Mindestens 200 000 Soldaten seien für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe erforderlich. General von Seeckt glaubt also an die loyale Gesinnung der Rechtsopposition. Das kann doch nur bedeuten, daß er sagen will, auch eine Hitlerregierung würde den gleichen außenpolitischen Kurs steuern, der seinerzeit von Wirth und Rathenau angebahnt und von ihren Nachfolgern konsequent durchgehalten wurde. Dabei läßt er vollständig außer acht, was Hitler selbst in seinen Reden ankündigt und was täglich in den nationalsozialistischen und den Blättern des Hugenberg-Konzerns zu lesen ist. Und die Reden der Führer des Stahlhelms, Seldte und Düsterberg, sind ebenfalls keine Zeugnisse dafür, daß sie ihr außenpolitisches Draufgängertum aufgegeben haben. Seldte und Düsterberg sehen bekanntlich in dem Reichsbanner die Kerntruppe des ihnen verhaßten Marxismus. Und mit dieser sollten sie nun plötzlich Hand in Hand gehen?! In tiefen Kolonnen steht schon der Nationalsozialismus in den Reihen des Stahlhelms. Noch letzthin lasen wir aber die nationalsozialistische Erklärung, daß die Hitlerleute bei einem kommunistischen Putsch keinen Finger rühren würden, um dieses „System" zu schützen. Und eben diese Leute sollen jetzt nach von Seeckts Ansicht bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dem Reichsbanner und der Polizei beistehen, so etwas wie Hilfspolizisten sein?! Er traut den Franzosen wirklich einen starken Glauben zu. Solche Interviews nützen uns nichts, sie geben höchstens denen wieder Veranlassung, die Köpfe zusammenzustecken, welche die deutsche Politik für unaufrichtig halten.

Frankreich und Hoover.

Noch kein Beschluß des französischen Ministerrats.

× Paris, 23. Juni.

Heute vormittag fand im Elysée unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Doumer ein Ministerrat statt, in dem der Vorschlag Hoovers auf einjährige Zahlungsaussetzung geprüft wurde. Nach dem offiziellen Kommuniqué erstattete Außenminister Briand Bericht über die Bedingungen, unter denen die französische Regierung mit diesem Vorschlage befaßt wurde. Finanzminister Flandin und Budgetminister Pietri sprachen über die Folgen, die die Durchführung der amerikanischen Anregung auf die französischen Finanzen haben würde. Die Diskussion über dieses Thema wird im Laufe eines Ministerrats morgen vormittag fortgesetzt werden. Dabei wird auch der Text der Antwort festgelegt werden, die dem Präsidenten Hoover zugestellt werden soll.

Ministerpräsident Laval gab in der Kammer folgende Erklärung ab: „Die französische Regierung erkennt die großmütige Geste des Präsidenten Hoover an. Ohne die Zustimmung des Parlaments wird keine Beeinträchtigung der Bestimmungen des Youngplanes erfolgen. Die Regierung berät über die Antwort, die sie dem Präsidenten Hoover erteilen wird. Die Kammer wird am Freitag von dem Inhalt der Note Kenntnis erhalten. Man muß verstehen, daß es aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, die Antwort vorher bekanntzugeben."

Nach Mitteilungen, die der „Intransigeant" aus Regierungskreisen erhalten haben will, sollen die Besprechungen zwischen den Ministern am Montag zu der

grundsätzlichen Annahme

der Hooverschen Vorschläge geführt haben. Die Minister hätten sich jedoch mit dem Fall beschäftigt, wenn Deutschland nach Ablauf des einjährigen Zahlungsaufschubs sich außerstande erklären würde, die Zahlungen unter Berufung auf das Youngplanmoratorium wieder aufzunehmen. In diesem Falle würde Frankreich auf Grund des Anhanges 3 des Youngplanes verpflichtet sein, das Garantiedepot bei der BIZ. um 500 Millionen Goldmark in Devisen zu erhöhen. Hiervon seien bereits 52 Millionen eingezahlt worden. Es blieben also 448 Millionen, die sofort fällig würden. Der französische Staatshaushalt würde also außer dem Ausfall der deutschen Zahlungen und der ungeschützten Jahreszahlung noch einen weiteren Fehlbetrag zu decken haben. Der Finanzminister suche daher eine Lösung, die es der französischen Regierung ermögliche, dem Hooverschen Plan zuzustimmen, ohne die französischen Steuerzahler mit neuen Lasten von insgesamt 5 Milliarden Franken zu belasten.

Angeblich fänden jetzt schon Verhandlungen statt, die zu dem

Abschluß einer internationalen Anleihe

führen sollten. An dieser Anleihe sollten sich sämtliche an der Frage der Schuldenregelung interessierten Länder beteiligen, und die Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten sollten die gemeinsame Garantie übernehmen. Mit Hilfe dieser Anleihe solle es gelingen, die Haushalte der Staaten, die durch den Hooverschen Vorschlag berührt worden seien, wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Verhandlungen über die Anleihe sollten nicht von Diplomaten, auch nicht von den Sachverständigen des Dawes- oder Youngplanes, sondern von den Bankiers und Kaufleuten der beteiligten Länder geführt werden.

Der geltend gemachte Einwand, Frankreich würde im Falle einer Unfähigkeit Deutschlands, nach Ablauf des einjährigen Moratoriums die Zahlungen wieder aufzunehmen, außer dem Verlust an Reparationszahlungen auch noch einige 100 Millionen in die BIZ. einzuzahlen haben, stützt sich laut Anhang 8 des Youngplanes auf folgende Bestimmung:

„Bei Inkrafttreten des Planes wird Frankreich gegenüber der BIZ. eine Verpflichtung eingehen, auf Aufforderung der Bank bis zu 500 Millionen Reichsmark in fremden Währungen in einen Treuhandfonds einzuzahlen. Die Anforderung soll indessen erst erfolgen, wenn Schritte ergriffen worden sind, die zur Einberufung des im Artikel 8 des Berichtes erwähnten beratenden Sonderausschusses führen können."

Das angezogene Kapitel 8 enthält die Schutzmaßnahmen, also auch die Modalitäten für die Ingangsetzung des Transfer- und Zahlungsaufschubes. Die Franzosen befürchten also mit anderen Worten, Deutschland könnte unter ausdrücklicher Berufung auf den Youngplan noch während der Dauer des Hooverschen Moratoriums den Transferaufschub erklären, der ab 1. Juli 1932 in Kraft träte und somit Frankreich zu noch erhöhten finanziellen Verzichten zwingen.

★

Ein amerikanischer Schritt.

✓ Paris, 23. Juni.

Das Gerücht bestätigt sich, daß Amerika einen besonderen Schritt gegenüber Frankreich unternommen hat. Die Pariser Agentur Radio meldet aus Washington, daß der Unterstaatssekretär des Schatzamtes, Mills, dem französischen Handelsattaché eine Denkschrift in der Form von zwei Zahlentabellen zur Weiterleitung nach Paris übergeben habe. Eine dieser Tabellen weise den Anteil Frankreichs an dem Plane des Präsidenten Hoover aus, während die andere die Lage darstelle, die sich aus einer Ablehnung von Seiten Frankreichs ergeben würde. Die Denkschrift werde als vertraulich betrachtet, bis die französische Regierung Gelegenheit habe, davon Kenntnis zu nehmen bezw. ihren Inhalt zu prüfen. Man erfahre vorläufig nur, daß das Washingtoner Schatzamt eine eingehende Berechnung aufgestellt habe, die auf die Feststellung hinauslaufe, daß Frankreich im Zusammenhang mit dem Hoover-Vorschlag 96 Millionen Dollar aufbringen müsse. Ferner werde auseinandergesetzt, daß es im eigensten Interesse Frankreichs liege, die Vorschläge anzunehmen. Wenn Frankreich auf Zahlung des

ungeschützten Jahresanteils

durch Deutschland bestehen sollte, so werde es auch seine Schulden an Amerika und England zahlen müssen, es sei denn, daß die französische

Der Reichskanzler über die allgemeine politische Lage.

Für deutsch-französische Zusammenarbeit.

= Berlin, 23. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning sprach heute abend über den Deutschlandsender über die allgemeine politische Lage. Der außenpolitische Teil seiner Ausführungen hatte folgenden Wortlaut: Das vorgeschlagene Feierjahr soll nach der Proklamation des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht nur der Wiedereinführung des internationalen Vertrauens auf wirtschaftlichem Gebiet und damit den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt dienen, es verfolgt gleichzeitig den Zweck, die politischen Beziehungen zwischen den Ländern von störenden Spannungen zu befreien und eine aus überzeugter Zusammenarbeit der Staaten beruhende friedliche Weiterentwicklung zu fördern und zu festigen. Beides steht in einem notwendigen Wechselverhältnis. Ohne die Gesundung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen ist keine Beruhigung der politischen Lage, ohne diese politische Beruhigung keine Beseitigung der Wirtschaftsnot denkbar. Das Gedeihen Europas und der Welt hängt davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden ließ, nunmehr entschlossen und weitsichtig auf beiden Seiten sich zu den Entschlüssen aufraffen, welche die beklemmende Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert. Für dieses große Ziel wird der amerikanische Vorschlag Raum schaffen, wenn er von den infrage kommenden Ländern in demselben hochherzigen Geiste angenommen wird, in dem er von seinen Urheber gemacht worden ist.

Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Kräften an der Erreichung dieses Zieles der amerikanischen Initiative mitzuarbeiten. Sie hat den aufrichtigen Willen, auch von der politischen Seite her zusammen mit allen Regierungen an die Lösung der Fragen heranzugehen, die für die Beruhigung Europas von Bedeutung sind. Je mehr die schwere wirtschaftliche und soziale Not sich mildert, unter der das deutsche Volk leidet, umso stärker und einmütiger wird seine Bereitschaft und seine Fähigkeit hervortreten, ein Bollwerk der Ruhe und der Ordnung in Europa zu sein.

Die Größe der Stunde und die aus ihr sich ergebende Verantwortlichkeit lassen mich die Hoffnung und die Erwartung aussprechen, daß alle diejenigen, die für die Formung der öffentlichen Meinung von maßgebendem Einfluß sind, sich bewußt bleiben, von welch entscheidender Bedeutung in diesem Augenblick Maßhaltung und Selbstdisziplin bei allen unseren Volksgenossen in allen Aeußerungen und Kundgebungen sind für Deutschland und für Europa.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß bei alledem der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt. Wenn in der Entwicklung dieser Beziehung manche Schwierigkeiten und Hemmungen hervorgetreten sind, wenn es in der Oeffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze vielfach zu bewegten Auseinandersetzungen gekommen ist, so halte ich trotzdem an der Ueberzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß sich vielmehr bei beiderseitigem guten Willen Mittel und Wege finden lassen werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen und im Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Weil ich davon überzeugt bin, daß eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Zusammenarbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen wirtschaftlichen Austausch mit der Neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst an dem Tage gesichert erscheint, wo zwischen den beiden großen Nachbarvölkern das Vergangene seelisch überwunden ist und der Blick sich gemeinsam der Zukunft und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestalt zuwendet, gerade deshalb ist es das Bestreben der von mir geführten Regierung, über Verstimmungen des Augenblicks heraus vorwärts zu denken und alles sachlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten und im Interesse Europas und der Welt notwendigen Erfolge zuzuführen.

Die deutsche Regierung wird es ihrerseits am guten Willen nicht fehlen lassen. Ist die Einigung über das Feierjahr zustande gekommen, so wird es um so leichter sein, in offener Aussprache den Weg frei zu machen für eine großzügige praktische Zusammenarbeit der beiden Länder. Ich würde es begrüßen, wenn sich für eine solche einleitende Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England geschaffen hat. Die Aufgaben, vor denen Frankreich und Deutschland stehen, sind für beide Länder zu groß und zu dringend, als daß es nicht möglich sein sollte, in vertrauensvollem und rückhaltlosem Meinungsaustausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgabe aussichtsvoll in Angriff genommen werde.

Regierung ein besonderes Schuldenmoratorium fordere, was nach der Ansicht führender amerikanischer Persönlichkeiten dem französischen Kredit nur schaden könne. (Associated Presse hat mittlerweile nämlich von maßgebender autoritativer Stelle mitgeteilt, daß der Vorschlag des Präsidenten Hoover eines einjährigen Zahlungsaufschubes der Kriegsschulden- und der Reparationszahlungen sich auch auf die ungeschützten deutschen Reparationszahlungen bezieht.)

In Washingtoner politischen Kreisen verlautet ergänzend, daß

Präsident Hoover auf französische Gegenvorschläge gefaßt sei, die er jedoch ebenso höflich wie entschieden zurückweisen werde.

Man füge hinzu, daß der Vorschlag bis zum 1. Juli, d. h. also noch im Laufe dieser Woche angenommen werden müsse. In französischen politischen Kreisen ist man der Meinung, daß Amerika seinen Druck auf Frankreich verdoppelt und mit seiner Denkschrift die Antwort auf etwaige Gegenvorschläge der französischen Regierung gewissermaßen vorweggenommen habe. Am Quai d' Orsay hat man von dem Inhalt der Denkschrift des Unterstaatssekretärs Mills noch keine Kenntnis. Man ist daher auch nicht in der Lage, sich irgendwie dazu zu äußern.

In einem Leitartikel „Ein großartiger erster Schritt" erklärt das Newyorker „World Telegramm", Hoover habe die Krise nicht übertrieben. Sie könne garnicht übertrieben werden. Deutschland sei

dem Bankrott und der Revolution so nahe,

wie es eine Nation nur sein könne. Ehe diese Ereignisse einträfen, müsse in dem einen Jahr, für das der Zahlungsaufschub gelten solle, die Beseitigung des Wettrüstens, der falschen Grenzziehungen und der unübersteigbaren Zollmauern in Angriff genommen werden. Geschähe das nicht, so werde die Gefahr einer Explosion nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben. Falls die früheren Alliierten in der kommenden Abrüstungskonferenz ihre Rüstungen nicht durchgreifend herabsetzten, könnten sie sicher sein, daß der Kongreß es ablehnen werde, den Zahlungsaufschub zu verlängern, und daß die amerikanische öffentliche Meinung die weitere Zusammenarbeit mit Europa ablehnen werde.

★

Englische Mahnungen.

◇ **London, 23. Juni.**

„Hoovers Kriegsschuldenvorschlag in Gefahr, „Frankreich steht im Wege." Unter dieser Ueberschrift weist „Daily Herald" auf die Drohungen Frankreichs hin, Hoovers Vorschlag durch die Weigerung seiner Annahme zum Scheitern zu bringen. Ueberall sonst in der Welt, schreibt das Blatt, hat der Schritt Hoovers eine Welle des Vertrauens erzeugt, die um Hunderte von Millionen Pfund Sterling den Wert von Papieren und Anlagekapital erhöht hat. Wenn Frankreich den Plan zum Scheitern bringt, so wird es in der ganzen Welt verurteilt werden. — In einem Leitartikel, der „Wir blicken nach Paris" überschrieben ist, führt „Daily Herald" aus: Es liegt in der Macht der französischen Regierung, den Erfolg Hoovers zu sichern, oder, indem sie volle Mitarbeit ablehnt, ihn zu verhältnismäßiger Zwecklosigkeit zu verurteilen. Die Welt erkennnt an, daß Hoover Frankreich darum ersucht, ein sofortiges finanzielles Opfer zu bringen. Aber es ist ebenso wie das amerikanische Opfer ein gesunder kaufmännischer Vorschlag. Es ist eher eine Kapitalanlage als ein Opfer — eine Kapitalanlage, von der die französische Nation sehr angemessene Früchte ernten wird. Wenn Laval und seine Kollegen als „gute Europäer" denken und handeln, wird nicht nur Frankreich an dem allgemeinen wirtschaftlichen Gewinn Anteil haben, sondern die gesamte politische Lage wird unermeßlich erleichtert und neue Friedensgarantieen werden dadurch erzielt. Wenn sie andererseits kurzsichtig handeln und beschließen, den gesamten Plan zum Scheitern zu bringen, so werden sie eine schwere Verantwortung auf sich und auf Frankreich nehmen. Das Blatt schießt: Die Augen der Welt sind auf Paris gerichtet, die Welt wartet auf eine der bedeutendsten Entscheidungen, die je eine Regierung treffen mußte. Auch die konservative „Morning Post" äußert sich in demselben besorgten Sinne wie „Daily Herald" über die Haltung Frankreichs. Sie findet es nicht überraschend, daß der Moratoriumsvorschlag in Frankreich mit geringerer Begeisterung begrüßt wird als anderswo, hebt jedoch hervor, daß die entgegenkommende Haltung Frankreichs für den Erfolg des Planes unentbehrlich sei. Es sei sicher, daß es Hoover nicht leicht sein werde, die öffentliche Meinung Amerikas mit sich zu reißen, wenn nicht auch andere bereit sind, die volle Last des Opfers zu tragen. Das Scheitern des Hoover-Vorschlags würde die Katastrophe nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt einschließlich Frankreich bedeuten. Jedes beteiligte Land, das nicht mitwirke, und ein Scheitern des Planes verursache, würde einen Verlust erleiden, der unermeßlich größer wäre als jedes vorübergehende Opfer, das der Preis seiner Mitarbeit sein würde.

★

Die Beschlußfassung der englischen Regierung.

Eine Sachverständigenkonferenz.

:: **London, 23. Juni.**

Wie der parlamentarische Korrespondent der „Times" wissen will, hatte Mac Donald gestern vormittag mit einigen seiner Kabinettskollegen eine lange Besprechung. Es sei vereinbart worden, daß eine Zustimmung der Regierung sobald wie möglich erfolgen soll. Zugleich habe man jedoch übereinstimmend festgestellt, daß über verschiedene Punkte im Hoover-Plan weitere Aufklärung erfolgen müsse, bevor endgültige Beschlüsse gefaßt werden könnten. Der Korrespondent bemerkt, die Vertreter der britischen Regierung würden bald Gelegenheit haben, die gesamte europäische Lage mit Vertretern der unmittelbar interessierten Nationen zu haben. Henderson werde am 16. Juli eine Konferenz mit Briand in Paris haben, wohin er sich als Vertreter der britischen Regierung zum Besuch der Kolonialausstellung begebe. Am selben Abend verlasse er Paris, um in Berlin mit Mac Donald das Wochenende zu verbringen. Mac Donald beabsichtige, gegebenenfalls nach Berlin zu fliegen.

Wie Reuter zu wissen glaubt, herrscht in Londoner politischen Kreisen die Ansicht, es sei nicht unwahrscheinlich, daß es schon in allernächster Zeit zu einer Sachverständigenkonferenz aller an der Hoover-Aktion beteiligten Mächte kommen werde.

★

Bittere Wahrheiten aus Italien.

— **Rom, 23. Juni.**

Der lebhafte und zustimmende Widerhall, den das Angebot Hoovers in Italien ausgelöst hat, ist auch durch die französischen Bohrungsversuche nicht verringert worden. Der „Tevere" erklärt im Gegenteil, daß der französische Unwille über den klugen amerikanischen Vorschlag nicht mit Stillschweigen übergangen werden könnte, nachdem unter allen europäischen Völkern allein Frankreich das Wort Hoovers nicht mit Genugtuung aufgenommen habe. Frankreich allein lasse ein klares Verständnis für den geschichtlichen Augenblick vermissen. Das Motto „Dein Tod ist mein Leben!" vertrage sich jedoch nicht mit der Notwendigkeit der Gegenwart. Mit Ironie bemerkt in demselben Sinne der „Laavoro Fascista": Frankreich hat den Krieg durch die Hilfe anderer gewonnen, vor allem aber hat es den Frieden fast allein gewonnen, der ihm in Europa eine Vorherrschaft garantiert, und wenn man zusieht, worin der französische Friede besteht, so findet man die ganze Kette der Reparationen, Verträge, Bündnisse, die Frankreich wie ein Stahlkleid umgeben. Wenn man einen Punkt dieses Schutzgürtels berührt, so gefährdet man nach Ansicht der Franzosen schon ihre Sicherheit. Der Beweis dafür ist die Aufnahme des Hoover-Angebotes in Frankreich. Wenn Frankreich sich nun dem einmütigen Willen aller anderen Staaten wird beugen müssen, so ergibt sich daraus, daß seine Auffassung von internationalen Beziehungen eng und egoistisch ist.

Die österreichische Regierungserklärung.

Schweigen über die Zollunion.

:: **Wien, 23. Juni.**

In der Dienstagverhandlung des Nationalrates stellte sich die Regierung dem Parlamente vor. Bundeskanzler Dr. Buresch befaßte sich in seiner Regierungserklärung zunächst mit der Innenpolitik.

Seine Richtlinien lassen sich in folgende Worte zusammenfassen: Gerechte Aufteilung der von der Bevölkerung verlangten Opfer, rascheste Erledigung der Zollvorlagen, Abschluß der Handelsverträge, Reform der Verwaltung. Ueber die Reorganisation der Kreditanstalt sagte der Bundeskanzler unter lebhaftem Beifall: Es wird Aufgabe der Regierung sein, die Verantwortung auch für die verflossene Gebarung im Sinne der bestehenden Gesetze gegenüber allen Schuld tragenden Organen restlos festzustellen und vorgekommene Verfehlungen der gesetzlichen Ahndung zuzuführen. Die Bestellung eines Direktors als verantwortlicher Leiter der Anstalt wird ohne Verzögerung erfolgen. Es wird mit nachdrücklicher Unterstützung der Regierung raschestens der Plan der Rekonstitution der Anstalt ausgearbeitet werden, wobei das Ausmaß der Bezüge und Pensionen einer strengen Revision unterzogen werden wird. In dieser Richtung erforderliche Maßnahmen werden notwendigenfalls auch im Gesetzeswege getroffen werden.

Der Bundeskanzler ging dann auf die Außenpolitik über, von der er sagte, daß gerade Oesterreichs Außenpolitik im jetzigen Augenblick in ausschlaggebender Weise seinen wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen müsse. Die Regierung sei entschlossen, die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nachbarstaaten Oesterreichs sorgfältig zu pflegen. Insbesondere die alte brüderliche Freundschaft, die Oesterreich dem Deutschen Reiche verbinde, wird als wertvollster Bestandteil der österreichischen Außenpolitik von der gegenwärtigen Regierung mit aller Sorgfalt gepflegt werden.

Er kam dann auf die Zollunionsfrage zu sprechen und meinte, er halte es nicht für angebracht, vor der Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes zu dem Zollunionplan in der Regierungserklärung präjudizierend Stellung zu nehmen. Der Bundeskanzler skizzierte sodann die gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen und äußerte weiter:

„In den schweren Tagen, die wir und mit uns ein großer Teil der Staaten Europas durchleben, kommt die frohe Kunde von der von tiefem menschlichen Fühlen und Verstehen zeugenden Botschaft des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Lichtstrahl der Hoffnung ist in unser aller Herzen gedrungen. (Lebhafter Beifall.) Ich nehme den Anlaß, der sich mir heute bietet, wahr, um dem gegenwärtigen Leiter der Geschicke der Vereinigten Staaten von Amerika, der schon einmal unserem Volke in Zeiten größter Not die rettende Hand gereicht hat, für die neuerliche Großtat im Namen Oesterreichs und seines Volkes von ganzem Herzen zu danken." Der neue Regierungschef erbat sodann für die Regierung die Unterstützung des Hauses.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hierauf sofort die Aussprache über die Regierungserklärung eröffnet.

★

England lehnt Pressionen auf Oesterreich ab.

:: **London, 22. Juni.**

Wie die „K. Z." aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat das Foreign Office die französische Regierung aus Anlaß der schwebenden Anleiheverhandlungen wissen lassen, daß die britische Regierung in keiner Weise an Maßnahmen beteiligt zu sein wünscht, die auf Oesterreich einen Druck zum Verzicht auf seine Zollunion mit Deutschland ausüben könnten, solange das Verfahren des Haager Gerichtshofes in der Schwebe ist.

★

Italien dagegen unternimmt einen Vorstoß.

Rom, 22. Juni.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß die italienische Regierung bereit sei, den Vorschlag Hoovers anzunehmen, jedoch unter der Bedingung, daß Deutschland den Plan einer Zollunion mit Oesterreich fallen ließe. Im übrigen wird in Regierungskreisen erklärt, daß Italien den Schritt des amerikanischen Präsidenten begrüße und bereit sei, im Interesse der internationalen Solidarität und der bevorstehenden Abrüstungskonferenz auf die 180 Millionen Lire jährlich zu verzichten, die die Differenz zwischen den Reparations- und Schuldenzahlungen ausmachte.

Die Trabanten Frankreichs.

Ein unverschämter Belgier.

● **Brüssel, 23. Juni.**

Im Verlauf der Senatsdebatte über die Regierungserklärung führte Staatsminister Seger zum Vorschlage Hoovers aus: Der amerikanische Vorschlag ist ein Zeichen von Mut. Er kann einen günstigen Einfluß auf die Weltpolitik ausüben und könnte auch ein Ende der Krise herbeiführen. Vor allem ist er aber Deutschland gegenüber sehr großmütig und für Belgien kann er verhängnisvoll sein. Hier heißt es auf der Hut zu sein. Gewährt man Deutschland die Wohltat eines Moratoriums, so müssen die anderen Länder die Gelegenheit benutzen, um politische Bürgschaften, die Einhaltung der Verträge und das Ende eines Erpressersystems (!!) zu verlangen. Deutschland richtet sich absichtlich zugrunde, indem es seine Finanzen schlecht verwaltet (!!). Man muß dafür sorgen, daß unserm Lande durch das Deutschland gewährte Moratorium kein Schaden erwachse.

Polen stellt politische Forderungen.

— **Warschau, 23. Juni.** Die maßgebende polnische Presse nimmt heute zu dem Hooverschen Vorschlage Stellung. Unter dem bezeichnenden Titel „Das Geschwür bricht aus" kennzeichnet das Blatt der Regierung „Gazetta Polska", die Weltlage. Das Blatt hofft, daß es auf Grund des Hooverschen Vorschlages zu einer Einigung kommt. Sicherlich sei die Lage Frankreichs, das nun auf 120 Millionen Dollar verzichten solle, überaus schwierig. Andererseits müsse jedoch bedacht werden, daß auch französisches Kapital in Deutschland investiert sei. Die Möglichkeit eines Zusammenbruches der Reichsmark könne für Frankreich nicht verlockend sein. „Kurjer Poranny" meint, daß Frankreich für seine großen finanziellen Zugeständnisse politische Leistungen verlangen müsse. In dieser Hinsicht sei auch Polen an diesem Weltproblem stark interessiert. Frankreich und Amerika dürften jetzt die Festigung der polnischen Unabhängigkeit nicht außer Acht lassen und müßten von Deutschland kategorisch ein für alle mal den Verzicht auf territoriale Ansprüche gegenüber Polen verlangen. Die sich jetzt bietende äußerst günstige Gelegenheit werde nicht so rasch wiederkehren.

★

Japans Zustimmung.

◆ **Tokio, 23. Juni.**

Das Kabinett trat heute früh zu Besprechungen über den Vorschlag Hoovers zusammen. Die japanische Regierung soll, wie es heißt, grundsätzlich zu der Annahme des amerikanischen Planes bereit sein.

Hansmann zur Disposition gestellt.

:: **Berlin, 23. Juni.**

Am Dienstag vormittag stand in einer Kabinettssitzung der preußischen Regierung u. a. der Fall des Landrates Hansmann (Ennepe-Ruhr-Kreis) zur Entscheidung, dem bekanntlich in der Zeit der Propaganda für und gegen das Preußen-Volksbegehren schwer beleidigende Aeußerungen gegen die deutschen Soldaten des Weltkrieges zur Last gelegt worden waren. Hansmann wurde zur Disposition gestellt, wie verlautet, jedoch nicht wegen der genannten Aeußerung, sondern aus Gründen, die weiter zurücklägen.

Die neuen Gehaltskürzungen.

Sonderregelung für die Wehrmacht und Polizei.

× **Berlin, 23. Juni.**

Einige Berliner Abendblätter verzeichnen Mitteilungen über die Behandlung von Reichswehr und Polizei bei der Durchführung der Notverordnung. Dabei ist richtig, daß die Angehörigen der Wehrmacht bis zum Hauptmann einschließlich von der Gehaltskürzung ausgenommen werden. Es handelt sich aber keineswegs, wie jedoch von den Blättern angenommen wird, um neue Durchführungsbestimmungen, vielmehr ist man sich im Reichskabinett schon bei der Beratung der Notverordnung darüber schlüssig geworden, die Gehaltskürzung erst vom Stabsoffizier ab eintreten zu lassen. Allerdings sind nur den zuständigen Verwaltungsstellen entsprechende Mitteilungen gemacht worden. Immerhin wird man auch für einen Teil der Schutzpolizei eine Sonderregelung erwarten. Zwischen dem Innenministerium und dem Finanzministerium Preußens z. B. schweben bereits seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Ausgleich für die Beamten des Außendienstes. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Gründe für die Sonderbehandlung liegen in der staatspolitischen Notwendigkeit, dem politischen Radikalismus nicht einen Agitationsvorwand gerade bei Wehrmacht und Polizei zu geben. Zudem sind die Bezüge der Untergruppen schon ohnehin sehr niedrig.

Explosion in der englischen Marine-Pulverfabrik.

Elf Todesopfer.

•:• **London, 23. Juni.**

Eine Explosion in den Marinewerkstätten von Holtonheath hat elf Todesopfer gefordert. Verletzt wurden bei der Explosion 18 Arbeiter, die meisten von ihnen glücklicherweise nicht schwer.

Durch die Entzündung des hochexplosiven rauchlosen Pulvers wurden alle Ortschaften in einem Umkreis von etwa 35 km stark erschüttert. Eine riesige Staubwolke lag über der Unglücksstelle, die sofort für alle Zivilpersonen in einem weiten Umkreis abgesperrt wurde, da die Herstellung der Sprengstoffe geheimgehalten wird, sodaß es sogar keiner zivilen Feuerwehr, sondern nur den Löschzügen des Werkes erlaubt war, das Feuer zu bekämpfen. Der Leiter des Werkes äußerte sich zu einem Vertreter der „Evening-News", daß die Explosion im Nitrier-Haus entstanden sei und die angrenzenden Gebäude zerstört hätte. Nach der ersten Explosion sei ein Tank mit Schwefelsäure in die Luft geflogen, und die Säure sei ins Flammenmeer der ursprünglichen Explosion geflossen, so daß es wie ein Wunder erscheinen müsse, daß die Verluste an Menschenleben nicht noch größer gewesen seien.

★

Explosion in einer polnischen staatlichen Pulverfabrik.

:: **Warschau, 23. Juni.** Gestern Mittag erfolgte in einer der staatlichen Pulverfabriken Mittelpolens in Zagozdzon eine Explosion. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, einer erlitt schwere Verletzungen.

[redacted]

Rund vier Millionen Arbeitslose.

◆ **Berlin, 23. Juni.**

Die Entlastung des Arbeitsmarktes hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Juni 1931 in der ersten Hälfte des Monats Juni weitere Fortschritte gemacht. Die Bewegung hat sich zwar gegenüber den früheren Stichtagen verlangsamt, sie war aber günstiger als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, wo die konjunkturelle Verschlechterung die saisonmäßige Bewegung überdeckte. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die am 31. Mai noch rund 4053000 betrug, ist zum 15. Juni auf rund 4 Millionen zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um mehr als 100 000 abgenommen. Sie lag am 15. Juni bei rund 1 476 000. Die Zahl der Krisenunterstützten hat noch, wenn auch unerheblich, zugenommen, und zwar um rund 4000 auf rund 933 000.

Zusammenstöße in der Wiener Universität.

× **Wien, 23. Juni.**

Der Verfassungsgerichtshof hat dem Antrage des Strafbezirksgerichts Wien auf Aufhebung der Verordnung des Akademischen Senats der Universität Wien über die neue Studentenordnung stattgegeben. Die Mitteilung davon verursachte an der Universität große Erregung und Zusammenstöße zwischen den einzelnen Studentengruppen. Den Bemühungen des Rektors der Universität gelang es schließlich, die Studenten zu beruhigen. Vor der Universität kam es zu Ansammlungen, denen die Polizei bald ein Ende bereitete.

Die Zusammenstöße spielten sich hauptsächlich innerhalb der Universität ab, wo die Polizei nicht einschreiten durfte. Angehörige der Deutschen Studentenschaft drangen in die Hörsäle unter Schmähruf auf die Juden und den Verfassungsgerichtshof. In der Aula kam es zu ernsten Prügeleien, bei denen eine Anzahl Studenten so verletzt wurden, daß sie die Hilfe der rasch herbeigerufenen Rettungsgesellschaft in Anspruch nehmen mußten. Die Erregung unter der Studentenschaft in beiden Lagern dauert an. Wie es heißt, sollen die „nationalen" Studenten eine judenfreie Woche durchzuführen beabsichtigen, andererseits wird behauptet, daß die Universität nach Beschluß des Professorenkollegiums für den Fall weiterer Unruhen unter den Studenten bis Ende Juni geschlossen werden soll.

Auch auf der Technischen Hochschule kam es zu einzelnen Zwischenfällen. Vor der Universität war noch am frühen Nachmittag viel Volk versammelt. Ein großes Polizeiaufgebot aber hielt die feindlichen Parteien getrennt.

★

Schließung der Universität.

× **Wien, 23. Juni.** Der Rektor der Wiener Universität hat im Hinblick auf die heutigen Vorgänge die Schließung der Hochschule bis auf weiteres verfügt.

Verhaftung eines gefährlichen Kriegsinvaliden.

CNB **Bukarest, 23. Juni.**

Ein Kriegsinvalide namens Niculescu, der während des Krieges in der deutschen Gefangenschaft an Schwindsucht erkrankt war, hat die Bukarester deutsche Gesandtschaft mehrmals um Schadenersatz ersucht. In einem zuletzt an den deutschen Geschäftsträger Dr. Kircholtes gerichteten Briefe bedrohte er denselben mit dem Tode, falls er keinen Schadenersatz erhalten sollte. Die Polizei, die auf die Drohbriefe Niculescus aufmerksam gemacht wurde, ertappte gestern Niculescu, als er sich durch einen Seiteneingang in die deutsche Gesandtschaft einschleichen wollte und verhaftete ihn. Bei der Durchsuchung fand man bei ihm mehrere Drohbriefe und einen geladenen Revolver. Bei seiner Verhaftung erklärte er, daß er Dr. Kircholtes töten wollte, da er keinen Schadenersatz bekommen sollte. Niculescu, an dem Symptome von Irrsinn festgestellt wurden, wurde vorläufig in ein Irrenhaus gebracht.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag.

Er tritt jedesmal im Herbst in Kraft.

)(**Berlin, 23. Juni.**

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag, der gestern in Berlin paraphiert worden ist, wird voraussichtlich morgen oder übermorgen in Genf von Ministerialdirektor Posse für Deutschland und Staatssekretär Popescu für Rumänien unterzeichnet werden.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben sich die Unterhändler streng an die Richtlinien gehalten, die gelegentlich der internationalen Verhandlungen über die Bevorzugung der südosteuropäischen Staaten vereinbart worden waren. Es sind Abschlüsse zugestanden worden auf die jeweils geltenden autonomen Zölle, und zwar für Futtergerste ein Abschlag von 50 v. H. und für Mais unter Aufrechterhaltung des Maismonopols ein Abschlag von 60 v. H., Lieferungsverpflichtungen sind nicht übernommen worden. Es bleibt dem freien Handel überlassen, den Nutzen aus den Vorzugszöllen zu ziehen. Dieses System unterscheidet sich ganz wesentlich von dem bei den Verhandlungen zwischen Frankreich und Südslawien angewandten System, wonach die Vorzugszölle von Staatskasse zu Staatskasse abgeführt werden. Man ist sich sowohl in Berlin als auch in Bukarest bewußt, daß die Zustimmung der Staaten, mit denen Meistbegünstigungsverträge bestehen, nötig ist. Diese Zustimmung soll von den jetzt bereits in Genf vertretenen Staaten, die an den Verhandlungen des Agrarausschusses teilnehmen, eingeholt werden. Man hofft, daß der Vertrag im Herbst in Kraft tritt. Für die deutsche Industrie ist von Rumänien keinerlei Vorzugsbehandlung verlangt worden, indessen hofft man, daß sich angesichts der zu erwartenden Stärkung der rumänischen Kaufkraft auch Vorteile für den deutschen Absatzmarkt in Rumänien ergeben werden. Rumänien hat eine Liste für eine Reihe von Einfuhrerzeugnissen angefertigt, wonach die bisherigen überhöhten Zollschranken für eine Reihe von Posten abgebaut werden. Diese rumänischen Vergünstigungen würden aber auch den anderen Staaten, die mit Rumänien Meistbegünstigungsverträge haben, zugute kommen. Dem Genfer Agrarausschuß wird ein Auszug aus den Vereinbarungen unterbreitet werden.

Sechs große Kundgebungen
der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands

werden am Sonntag, dem 5. Juli, in Hamm, Bochum, Bocholt, Duisburg, Aachen und Köln stattfinden. Namhafte Redner wurden bereits verpflichtet. Die Kundgebung in Bocholt ist nachmittags 4.30 Uhr im Arbeiterheim St. Paulus. Hier werden sprechen Verbandspräses Dr. Müller und Abgeordneter Riesener, M. d. R. Die Zeiten sind schwer, und große Opfer werden von allen verlangt. Verantwortungslose Elemente finden unter Ausnutzung der Stimmung ein leichtes Arbeitsfeld. Klarheit schaffen tut not! Die Kundgebungen stehen deshalb unter der Devise: „Wegweise des Hl. Vaters, die Verantwortung der Stunde". Mitglieder der kath. Arbeitervereine und der Kath. Werkjugend des westlichen Münsterlandes, am 5. Juli werdet ihr in Bocholt erwartet!

Aus der Heimat.

Die Bocholter Lieder-Werbewoche.

)(**Bocholt, 24. Juni.**

Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft der Bocholter Gesangvereine, in unserer Stadt eine Lieder-Werbewoche zu veranstalten, muß nach den bisher gemachten Erfahrungen als überaus glücklich bezeichnet werden. Vier Liedertage, die bereits hinter uns liegen, haben dies zur Genüge bewiesen. Man muß es gesehen und miterlebt haben, mit welcher Andacht ganz besonders das schlichte Volkslied aufgenommen wurde, wie sich der große Zuhörerkreis mit den Sängern verbunden fühlte. Der Vereine, die auf ihre Art zum Gelingen der Lieder-Werbewoche bisher beitrugen, sind zu viele, als daß man sie einzeln hier aufzählen könnte. Alle gaben Gutes und Bestes. Wenn wir trotzdem die Gesangabteilung des Evangelischen Vereins e. V. besonders erwähnen, so geschieht dies aus dem Grunde, daß dieser Verein trotz seines langjährigen Bestehens erst am Montagabend anläßlich der Lieder-Werbewoche zum ersten Male vor die Oeffentlichkeit trat. Man war deshalb von den guten musikalischen Leistungen des Chores, der bereits lange Jahre unter der Leitung von Konrektor Gustav Hannover steht, auf das angenehmste überrascht. Lediglich fiel während der ganzen Vorträge im 1. Tenor eine einzelne Stimme, die anscheinend alle anderen zu übertreffen versuchte, unangenehm auf. In Zukunft muß eine derartig starke Uebertönung unbedingt vermieden werden. Dennoch kann der Chor mit seinen Leistungen zufrieden sein, was die zahlreich erschienenen Zuhörer durch starken Applaus bewiesen.

Ueber den gesamten Verlauf der Lieder-Werbewoche kommen wir noch zurück.

•

Für den heutigen Abend gibt der Männergesangverein Bocholt, der unter der Leitung von Heinze (Wesel) um 8,30 Uhr auf dem Marktplatze auftritt, folgendes Programm bekannt:

1. „Wenn der Vogel naschen will" (Kremer),
2. „Ringlein" (Nagel),
3. „Heut hab' ich die Wacht allhier" (Jüngst),
4. „O, wie herbe ist das Scheiden" (Silcher),
5. „Wenn alle Brünnlein fließen" (Heinrichs),
6. „Auf der Lüneburger Heide" (Löns, Kirchl),
7. „Heiba zur Linde" (Löffler),
8. „Walter von der Vogelweide" (Uhlmann),
9. „Frühling am Rhein" (Breu).

•

Für den am Peter- und Paulstage stattfindenden Massenchor findet heute Mittwochabend 9,30 Uhr im Kath. Gesellenhause die Generalprobe statt. Das Erscheinen sämtlicher am Werbungssingen beteiligten Sänger ist unbedingt erforderlich.

Stadtoberbauinspektor Kevenhörster †.

§ **Bocholt, 24. Juni.** Am Montagabend ist Stadtoberbauinspektor Johannes Kevenhörster im 51. Lebensjahre an den Folgen einer Blinddarmoperation, die einen guten Verlauf zu nehmen schien, plötzlich gestorben. Noch vor einigen Wochen war es ihm vergönnt, auf eine 25jährige Tätigkeit beim hiesigen Hochbauamt zurückzublicken. Herr Kevenhörster war ein tüchtiger Beamter, der in seiner Eigenschaft als Leiter des Hochbauamtes nicht geringen Anteil an der städtebaulichen Entwicklung unserer Stadt in den letzten Jahrzehnten hat. Sowohl die Stadtverwaltung wie auch der Kirchenvorstand St. Georg, dem der Verstorbene angehörte, widmen dem Entschlafenen ehrende Nachrufe.

Vom Arbeitsgericht Bocholt.

× **Bocholt, 23. Juni.** Eine Hausangestellte klagte gegen ihre frühere Dienstherrschaft auf Zahlung ihres Restgehalts in Höhe von 67 M. Die Beklagte bestritt die Forderung der Klägerin. Sie sei nicht fristlos entlassen, sondern rechtmäßig gekündigt worden. Sie sei auch noch eine Zeitlang bei dem Beklagten ohne Bezahlung in Logis gewesen. Die Parteien schlossen unter Vorbehalt des Widerrufes folgenden Vergleich: Die Beklagte zahlt an die Klägerin 25 M. Die Klägerin verzichtet auf ihre Mehrforderung; die außergerichtlichen Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Ein Lehrling klagte gegen seinen früheren Lehrherrn auf Zahlung einer Entschädigungssumme in Höhe von 770 M. Der Kläger war bei dem Beklagten 9 Monate als Lehrling beschäftigt gewesen, dann aber entlassen worden, da er sich nicht für die Arbeiten eignete. Da eine Schuld des Beklagten nicht festzustellen war, kam es zu folgendem Urteil: Der Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Ein Angestellter klagte gegen eine auswärtige Textilfirma auf Zahlung von 440 M. als Restlohn und Entschädigung. Der Kläger war durch einen Unglücksfall einige Wochen arbeitsunfähig gewesen, später aber aus dem Dienst bei der Beklagten ausgetreten. Es wurde folgender Vergleich geschlossen: Die Beklagte zahlt an den Kläger 154 M, der Kläger verzichtet auf seine Mehrforderung. Die außergerichtlichen Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Ein Unternehmer klagte gegen eine Gemeinde auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 709 M. Der Kläger hatte mit dem Vorsteher der Gemeinde einen Vertrag abgeschlossen zwecks Ausführung von Straßenbauarbeiten. Der Kläger sollte laut Vertrag 2 Tage in der Woche die Pflichtarbeiten der Erwerbslosen beaufsichtigen und auch selber praktisch mitarbeiten und dafür als Lohn 10 M. pro Tag erhalten. Der Kläger hatte daraufhin schon mit den Arbeiten begonnen und sich die dazu benötigten Werkzeuge beschafft. Der Vertrag wurde aber nicht eingehalten, da er in einer Gemeinderatssitzung für ungültig erklärt wurde, so daß der Kläger der Geschädigte war. Der Kläger hatte an die Gemeinde noch eine Forderung in Höhe von 130 M. für die Zeit einer 14-tägigen Kündigung bei anderen im Jahre 1929 ausgeführten Arbeiten. Es kam zu folgendem Urteilsspruch: Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 190 M. zu zahlen. Die Kosten des Rechtsstreites werden dem Kläger zu ⅓, dem Beklagten zu ⅔ auferlegt.

Ein Deutscher, der als Vertreter bei einer ausländischen Firma angestellt war, klagte gegen diese auf Zahlung ihres Anteils zur deutschen Sozialversicherung. Der Vertreter der Beklagten erklärte, daß in Holland jeder, der in Arbeit eintrete, gleich viel ob Arbeiter oder Angestellter, sofort in der holländischen Versicherung versichert sei. Mithin käme es für ihn nicht in Frage, der Forderung des Klägers zu genügen. Die Parteien erklärten vor Gericht, daß neuer Termin erst auf Antrag einer der Parteien erfolgen solle.

Die christlichen Textilarbeiter tagten.

× **Bocholt, 22. Juni.**

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die Mitgliederversammlung des Christl. Textilarbeiterverbandes, die am Sonntagmorgen im Arbeiterheim St. Josef stattfand. Ernst und gemessen begrüßte der 1. Vorsitzende die zahlreich Erschienenen. In kurzen Worten auf die Wichtigkeit des auf der Tagesordnung stehenden zwar kurzen, aber desto inhaltreicheren Programms hinweisend, erteilte er zunächst

Herrn Gewerkschaftssekretär Blümer

das Wort zu einem Vortrag über die Notverordnung der Reichsregierung. Der Redner zeichnete in seinen Ausführungen zunächst die durch die Septemberwahl geschaffene innerpolitische Lage, die hierdurch verursachten wirtschaftlichen Störungen, die wiederum als Folge vermehrte Arbeitslosigkeit mit sich brachten. Er wies ferner darauf hin, wie Radikalismus, Parteiegoismus und ein in seiner Zusammensetzung arbeitsunfähiger Reichstag die Regierung leider zwinge, die für das Bestehen des deutschen Volkes notwendigen Maßnahmen auf dem Verordnungswege zu erlassen. Gegen die letzte Notverordnung der Regierung würde von allen Seiten Sturm gelaufen. Auch die Christlichen Gewerkschaften seien mit einzelnen Bestimmungen der Notverordnung keineswegs einverstanden. Auch sie übten schärfste Kritik an ihr, auch sie müßten ihre Abänderung in einzelnen Punkten fordern. Würden doch gerade die Aermsten der Armen, unsere Arbeitslosen, am stärksten betroffen.

Aber bei aller Kritik müsse man berücksichtigen, unter welchen Umständen diese Notverordnung zustande gekommen sei. Die leeren Kassen in Reich, Ländern und Gemeinden sowie in der Arbeitslosenversicherung, das Mißverhältnis in Einnahmen und Ausgaben forderten, falls wir nicht den vollständigen Zusammenbruch wollten, von einer verantwortungsbewußten Reichsregierung entschlossenes und tatkräftiges Handeln. Bei der Zusammensetzung der Regierung wäre es selbstverständlich, daß innerhalb dieser Regierung, um zu einer Einigung zu kommen, Kompromisse geschlossen werden müssen. **Für jeden christlichen Gewerkschaftler sei es klar, daß die Notverordnung nicht das sozialpolitische Empfinden eines Brüning und Stegerwald zum Ausdruck bringe.**

Der Redner kritisierte dann noch besonders stark, wie von gewisser Seite lange vor Erlaß der Notverordnung die Regierung gewissermaßen unter Druck gesetzt, wie gegen Sozialversicherung und Tariflohn Sturm gelaufen und wie in einem großen Teil der Tagespresse in langen Artikeln die Not aller Kreise beweglich geschildert worden sei. Von wohlerworbenen Rechten sei viel gesprochen und geschrieben, jedoch der Not der Arbeiterschaft sei von dieser Seite nicht die genügende Beachtung geschenkt. Er schilderte sodann, wie grade diejenigen Kreise, die sich so gern Wirtschaftsführer nennen und die gegen den Masseneinfluß der nach ihrer Meinung wirtschaftsfremden Gewerkschaften anrennen, in der vergangenen Woche durch ihren Sturm gegen die Notverordnung, durch ihre Forderung auf Einberufung des Reichstages fast unabsehbares Unheil heraufbeschworen hätten. Die Regierung Brüning habe gesiegt. Fest ständen wir zu dieser Regierung, auch wenn wir einzelne Bestimmungen der Notverordnung bekämpfen müßten, fest ständen wir auch zu unserer Bewegung, die grade in dieser Zeit die sicherste Gewähr für die Wahrung der Arbeiterinteressen biete.

Die darauf folgende

Aussprache

entrollte so recht ein Bild der Not und Sorge der hiesigen Textilarbeiterschaft, aber auch ein bewunderungswürdiges Bild echt westfälischer Treue, Treue gegenüber dem Verbande, Treue gegenüber ihren Führern. An der Notverordnung wurde besonders kritisiert das schreiende Unrecht gegenüber den Jugendlichen unter 21 Jahren wie auch die Bestimmung, nach der die zuviel gezahlte Lohnsteuer nicht mehr zurück erstattet werden soll.

Die Beantwortung der in der Aussprache gestellten Fragen hatte Herr Gewerkschaftssekretär Göwert übernommen. Einmal in Fluß gekommen, von seinem Temperament hinweggerissen, schilderte er der atemlosen Zuhörerschaft als Ergänzung zu den Ausführungen des ersten Referenten die dramatischer Geschehnisse der letzten Wochen, schilderte er Brüning und Stegerwald, ihr Wirken und Wollen für das deutsche Volk, für die Arbeiterschaft. Diesen unseren Führern, zu denen wir felsenfestes Zutrauen hätten, die in schwerster Zeit, wo die Nerven des deutschen Volkes zu versagen drohten, Unmögliches geleistet hätten, sei es in der Hauptsache zu verdanken, wenn sich jetzt in der Reparationsfrage ein Hoffnungsschimmer zeige. Er glaube an das deutsche Volk, unsere Führer und unsere Zukunft.

Erfreulich war es, doppelt erfreulich in der heutigen Notzeit, wie aus der Versammlung heraus unter starkem Beifall noch engeres Zusammenarbeiten, Treue dem Verband und den Führern gegenüber, immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde. Nachdem Herr Göwert noch einzelne brennende Fragen aus der Kommunalpolitik besprochen hatte, schloß der 1. Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Der Christliche Tertilarbeiterverband kann stolz sein auf seine Mitglieder. Die Versammlung hat so recht gezeigt, daß schwierige Verhältnisse den Geist des Verbundenseins von Führern und Geführten, den Geist des Zusammenschlusses und der gemeinsamen Abwehr nicht zerstören, sondern nur noch inniger gestalten. Daß es so bleibe, das walte Gott.

Vereine und Veranstaltungen.

Werkjugend des Arbeitervereins St. Paulus. Morgen (Donnerstag) abend um 8,30 Uhr findet im Blauen Saal des Heims eine Zusammenkunft der gesamten Werkjugend statt. Arbeitersekretär Jakob wird den seit langem versprochenen Vortrag halten. Um möglichst vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Stenographie-Anfangskursus. Heute (Mittwoch) abend 7 Uhr eröffnet der hiesige Einheitskurzschriftverein in der Schule an der Langenbergstraße einen neuen Anfangskursus in der Einheitskurzschrift. Das System hat seit seinem sechsjährigen Bestehen alle Schulen sowohl in Bezug auf Verbreitung wie auf Leistung überflügelt. Die Erlernung dieser Kurzschrift kann daher nur empfohlen werden.

Kreistierschau in Borken.

= **Bocholt, 24. Juni.** Nach vierjähriger Pause findet am 14. Juli in Borken eine Kreistierschau statt. Die Züchter des Kreises werden es sich nicht nehmen lassen, die Erfolge ihrer Züchterarbeit allgemein zur Schau zu stellen. Es wird nochmal daran erinnert, daß zwecks rechtzeitiger Fertigstellung des Kataloges die Ausstellungstiere bis spätestens 29. ds. Mts. bei der Landwirtschaftsschule in Bocholt oder den Vorsitzenden der landw. Ortsvereine anzumelden sind.

Goldene Hochzeit in Lowick.

§ **Lowick, 23. Juni.** Heute feierten die Eheleute Heinrich Kleinhardt und Adelheid geb. Ihling das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Der Jubilar steht im 77. und die Jubilarin im 76. Lebensjahr. Beide sind noch verhältnismäßig rüstig. Die kirchliche Feier fand am Morgen in der St. Georgskirche zu Bocholt statt. Sie erhielt dadurch eine besondere Note, als das Paar an dem gleichen Altar, an dem es einst in jungen Jahren getraut wurde, erneut den Segen des Priesters empfing. Am Nachmittag fand bei strahlendem Sonnenschein auf dem Hofe des Paares eine schöne Feier statt, zu der sich die Verwandten, Freunde und Bekannten des Jubelpaares in großer Zahl eingefunden hatten. Als Vertreter der weltlichen Behörden waren die Herren Bürgermeister Blume und Gemeindevorsteher Böggering und als Vertreter der geistlichen Behörden die Herren Pfarrer Kruse, Kaplan Lehmköster und Kaplan Bissing erschienen. Herr Bürgermeister Blume überbrachte die herzlichsten Glückwünsche des Amtes Liedern-Werth und der Gemeinde Lowick sowie ein persönliches Glückwunschschreiben des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg. Herr Pfarrer Kruse übermittelte die Glück- und Segenswünsche des hochw. Herrn Bischof Johannes, der außerdem ein Bild, das die Hochzeit zu Kana darstellt, überreichen ließ. Das Jubelpaar war ebenso wie die Festgemeinde über die Ehrungen nicht wenig überrascht. Bei herrlichstem Wetter verlief die Feier, die ein deutlicher Beweis für die große Beliebtheit des Jubelpaares war, in harmonischer Weise. Möge dem Jubelpaar weiterhin ein schöner Lebensabend beschieden sein.

d. Rhede, 23. Juni. Der Kath. Jugendverein beabsichtigt für den kommenden Sonntag und Montag (Fest Peter und Paul) wieder eine größere Radtour. Alle, die teilnehmen wollen, mögen am Mittwochabend 8 Uhr pünktlich zur Besprechung im Heim zusammenkommen. Treu-Heil!

:: **Rhede, 23. Juni. Der Radfahrerverein „Zentral" 1895 veranstaltet** am Feste Peter und Paul einen Familienausflug nach dem Gut Telaar-Büssing in Altrhede. Mittags 1,30 Uhr treten sämtliche Mitglieder, Ehrenmitglieder und Stifter mit ihren Angehörigen am Vereinslokal Franz Rössing an, von wo der Abmarsch mit Musik erfolgt. Nach Ankunft auf dem Gut findet gemeinschaftliches Kaffeetrinken bis 4 Uhr statt. Mundvorrat ist mitzubringen. Zur Belustigung sind Preisschießen, Verlosung, Scheibenwerfen der Frauen und große Kinderverlosung vorgesehen. Rückmarsch gegen 8,30 Uhr. Freunde und Gönner des Radsports sind ebenfalls willkommen.

Vom Niederrhein.

— **Isselburg, 23. Juni. Neuer Polizeibeamter.** Eine seit längerer Zeit unbesetzte Polizeibeamtenstelle wurde jetzt mit dem Polizeiversorgungsanwärter B. Wellermann, bisher bei der Schutzpolizei Recklinghausen, besetzt.

— **Isselburg, 23. Juni. Meisterprüfung.** Der Metzger Heinrich Hormann und Paul Hormann von hier bestanden vor der Handwerkskammer in Düsseldorf ihre Meisterprüfung mit gutem Erfolg.

Turnen, Sport und Spiel.

J. C. Olympia.

Heute (Mittwoch) abend 7,30 Uhr äußerst wichtige Vorstandssitzung.

•

Leichtathletikkampf der höheren Schulen Bocholt, Borken, Coesfeld.

Am Samstag veranstaltete die Prima des Städtischen Gymnasiums und Realgymnasiums zu Bocholt einen Leichtathletikkampf gegen die Primen des Borkener und Coesfelder Gymnasiums. Der Kampf ging unverdient unentschieden aus, denn durch eine falsche gestartete 4×100 Meter-Staffel konnte Coesfeld ein Unentschieden erreichen. Das Punkteverhältnis war 93:93, während Borken mit 40 Punkten im Rückstand lag.

Die Leistungen der einzelnen Kämpfer sind als sehr gut anzusehen. Hervorzuheben sind die Zeiten im 800 und 1500 Meter. Primaner Werner Cremer (Bocholt) durchlief die Strecke 800 Meter in der guten Zeit 2,10,8, wobei zu beachten ist, daß Cremer erst 17½ Jahre ist. Auch gut ist die Zeit des Oberprimaners Wilhelm Kühdorf (Bocholt). Im 1500 Meter-Lauf brauchte Cremer auch nur eine kurze Zeit, er benötigte für 1500 Meter 4,53,6 Min. und Stern (Bocholt) 4,53,8 Min. Eine schöne Leistung erzielte W. Kühdorf im Hochsprung, da er 1,60 Meter hoch übersprang. Als sehr gut zu bezeichnen ist der Weitsprung des Primaners Fritzen (Coesfeld) mit 6,70 Meter. Von 10 Kämpfen konnte die Bocholter Mannschaft 7 erste Plätze belegen und 3 zweite. Coesfeld errang die übrigen 3 ersten Plätze und 5 zweite Plätze. Mit den übrigen zweiten Plätzen mußte Borken sich begnügen.

Ausgetragen wurden folgende Konkurrenzen:

100 Meter: 1. Schlottmann (Bocholt) in 12,2 Sek., 2. Ahlers (Coesfeld).

200 Meter: 1. Schwerdt (Bocholt), 2. Büning (Bocholt), 3. Ahlers (Coesfeld).

800 Meter: 1. Cremer (Bocholt) 2,10,8 Sek., 2. Kühdorf (Bocholt) 2,11,8 Sek.

1500 Meter: 1. Cremer (Bocholt) 4,53,6 Sek., 2. Stern (Bocholt) 4,53,8 Sek.

Weitsprung: 1. Fritzen (Coesfeld) 6,70 Meter, 2. Müller (Coesfeld) 6,42 Meter.

Hochsprung: 1. Kühdorf (Bocholt) 1,60 Meter, 2. Hühnerschulte (Borken) 1,55 Meter.

Stabhochsprung: 1. Hellmus (Coesfeld) 2,80 Meter, 2. Kiffmeyer (Coesfeld) 2,60 Meter.

Kugelstoßen: 1. Fritzen (Coesfeld) 9,90 Meter, 2. Cohaus (Borken) 9,85 Meter.

Diskuswerfen: 1. Bunz (Bocholt) 29,20 Meter, 2. Tillmann (Coesfeld) 28,70 Meter.

Speerwerfen: 1. Bunz (Bocholt) 39,70 Meter, 2. Hermeling (Coesfeld) 39,10 Meter.

4×100 Meter-Lauf: 1. Coesfeld 49,6 Sek., 2. Bocholt 49,8 Sek.

Ein Faußballspiel, zwischen Coesfeld und Bocholt, das Bocholt mit 17 Punkten Vorsprung gewann, bildete den Abschluß des gut verlaufenen Wettkampfes. W. W.

•

Deutsche DJK Jugendkraft

Die D. J. K. Eintracht bei den Gau-Faustballspielen.

Die erste Mannschaft konnte nur eins von den zwei ausgetragenen Spielen gewinnen. 40:19 lautete das Ergebnis gegen Osterfeld. Im zweitem Spiele mußten die Einträchtler gegen Bergheide eine unverdiente Niederlage hinnehmen. Bis kurz vor Schluß des Spieles konnte die Eintracht di eführung halten, bis der Schiedsrichter durch etliche Fehlentscheidungen den Bergheidern den Sieg sicherstellte. 26:30 war hier das Ergebnis. Durch diese Niederlage ging der Gaumeistertitel verloren. — Die 2. Mannschaft konnte in ihrer Gruppe die Spitze behaupten. Gegen Schmitthorst siegte sie 32:52, gegen Osterfeld 26:49.

•

Schachspiel der Fäuste.

Von der Athletik-Sportvereinigung 1894 Bocholt wird uns geschrieben:

Bei jedem wirklichen Sport lassen sich die gleichen, Geist und Körper bildenden Grundelemente nachweisen. Man behauptet nicht mit Unrecht, daß sie im Faustkampf so allseitig sind wie nur noch beim Schwimmen. Faustkampf gleicht dem Schachspiel, wo jeder Kampfaugenblick bei einem neu gestellten Stein die ganze Situation verändert, eine Kette von unvorhergesehenen Ereignissen aneinanderreiht. Wie beim Schachspiel drängt es auch beim Faustkampf hin zu kurzem Erfassen und nach blitzschneller Erkennung der Gesamtsituation zum raschen Handeln. Ein Zug beim Schachspiel, ein Schlag beim Boxen kann für den Ausgang entscheidend sein. Die Redensart „Mit dem Kopfe boxen" hat volle Berechtigung. Faustkampf ist geistiger Sport, der das Ineinandergleiten von Körpern in Form einer Kette von Körperbewegungen darstellt, der das Heranschnellen und Landen zum Höchstmaß nur steigern kann, wenn die Faust „geistig" zu arbeiten versteht. Wie ein erstklassiger Schachspieler muß der Faustkämpfer verfügen über Geist, Schwung, Konzentration, Vitalität. Immer wieder macht man beim Faustkampf — Faustkampf im Sinne des Edelsportes! — die Wahrnehmung, daß er alle guten sportlichen Eigenschaften, die in einem Menschen stecken, alle verfügbare Energie ans Licht befördert, bewußt oder unbewußt die Geheimnisse des menschlichen Geistes in Form des hochdifferenzierten Kampfes freigibt. Schon das planmäßig angewandte Training erzieht zum Energie-Menschen. Bei allen Uebungen muß beachtet werden: ich will, ich muß! Diese angewandte Willensäußerung, um die vorgeschriebenen Uebungen unbedingt durchzusetzen und die selbstauferlegten Aufgaben zu erfüllen, zum endgültigen Siege durchzuhalten, diese sportliche Natur überträgt sich in der Regel auf die berufliche. Der Boxkämpfer wird zu einem neuen Willensmenschen, der im Leben alles, auch unter den schwierigsten Umständen, durchdrückt. Kein Meister fällt vom Himmel. Sehr schwer ist es, Meister des Schachspieles der Fäuste zu werden.

Die Art des Boxenlernens ist nicht so sehr an die selbstverständliche Art der Schlagausführung gebunden, vielmehr eine unendlich vielseitige individuelle Anpassung. Der Anfänger muß geprüft werden auf körperliche Beschaffenheit, der das geistige Training angepaßt werden muß. Ganz spezielle Uebungen zielen darauf hin, das Gehirn zu beleben. Der Denkapparat wird in geradezu vorbildlicher Weise zu höchster Denkzucht und Denkgenauigkeit bei der Erwiderung von Schlägen oder Ausweichen entwickelt. Die Befehle des Körpers werdem dem Gehirn als Telephonschreck weitergegeben, der blitzschnell auf die verschiedenen Muskelbewegungen Reiz zu bewirken hat. Boxer, die durch keine Schule gegangen sind, bei der das Gehirn trainiert wurde, er, kennt man bei den Kämpfen sofort. Die beteiligten Nervenwege sind nicht eingetragen, der Sinnreiz geht nicht ohne Aufenthalt seine vorgeschriebene Bahn, Abwehr und Angriff setzen nicht rechtzeitig ein.

Als Quintessenz bleibt: Sportliches Boxen ist eine noble Leibesübung, etwas für beherrschte und harmonische Sportler, für Persönlichkeiten. Der Schachkampf der Fäuste schafft eine selbstbewußte, aufrechte Sportgruppe, die als Psychologen die Gedanken und Gefühle des Gegners erkennen und daraus ihre Schlüsse auf Sieg ziehen.

Diese Ausführungen mögen den Interessenten dienen, sich näher und eingehender mit dem Faustkampf zu befreunden, ihr den bisher noch Fernstehenden und dieser Kampfart Abgeneigten sympathisch zu machen.

Am 29. Juni (Peter und Paul) ist im Kaisergarten eine Freiluft-Veranstaltung:

Mannschaftskampf vom Fliegen- bis Schwergewicht
Kampfstaffel Bochum gegen Kampfstaffel Bocholt.



Nordseebad
Borkum
Das schöne, grüne Eiland
Ozonreiches
Hochsee-Klima
Tageskursteuer
Kinder bis 2 Jahre frei.
Pauschalkuren
Prospekte durch die Badeverwaltuug.

Für jedes Haar, selbst für das hellste Blond
PIXAVON-Shampoon
kein Nachwaschen mit Säurepulver
Beutel 25 ₰

Kart

Die glückliche Geburt eines kräftigen

Stammhalters

zeigen hocherfreut an (6121ß

Wilhelm Reinold
und Frau Fine
geb. Kock.

Bocholt, den 22. Juni 1931.
Osterstr. 15

Nachruf

Der Kirchenvorstand von St. Georg beklagt den Verlust seines treuen Mitgliedes, des Herrn

Stadt-Oberbauinspektors

Johannes Kevenhörster

Der Verstorbene war mit seinen reichen Erfahrungen und großen Kenntnissen uns stets ein eifriger, hochgeschätzter Berater und Helfer.

Gott der Herr möge ihm alles reichlich lohnen. Wir werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

Zum Leviten-Seelenamt am Donnerstag, dem 25. ds. Mts., ½9 Uhr in der St. Georgskirche und darauffolgenden Begräbnis vom Trauerhause (Hemdener Straße 24) sind die Mitglieder freundlichst eingeladen.

Bocholt, den 23. Juni 1931.

Der Kirchenvorstand von St. Georg:
Kruse, Pfarrer.

Zwangsversteigerung

Am Mittwoch, dem 24. Juni 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in der Wirtschaft Reidick, Nordstraße

1 Geldschrank, 1 Rollschrank, 1 Doppelpult, 1 eich. Tisch, 1 Chaiselongue, 1 Gemälde, 1 Bild mit Rahmen, 2 Kleiderschränke, 1 Anrichte, 3 Büffets, 2 Bücherschränke, 3 Schreibtische mit Sessel, 1 kompl. Bett, 1 Nachttisch, 2 Stühle, 1 runder Tisch mit 3 Stühle, 1 Speisezimmertisch mit 6 Stühle, 1 Vitrine, 1 Aktenschränkchen, 1 Posten Samt, Halbseide, Seidenpanette, sowie Mantel- und Wollkleiderstoffe, 1 Transport-Federwagen und eine vierjährige Stute

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Bothe, Obergerichtsvollzieher.

Versteigerung.

Am Donnerstag, dem 25. Juni, vormittags 11 Uhr, wird bei der Wirtschaft Dierkes (Stenern) eine 4jährige

Stute (Belgier)

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert. (6117

Bocholt, den 22. Juni 1931.

Die Polizeiverwaltung des Amtes Liedern-Werth:
Blume, Bürgermeister.

Zitronenmost

garantiert rein, flockenfrei, oder schwachflockig, . Liter **1.50**

Gebirgshimbeersaft

feinste Qualität . . . Liter **1.70**

Th. Wiethold
Spezialhaus für Spirituosen und alkoholfreie Getränke.

Sie kaufen

Ia. Leinöl,
streichfertige Farben,
Tapeten, äußerst billig,
im Fachgeschäft

Julius Höing, Ravardistr. 14.

Auslandsgelder. (Nur noch bis 1 Juli) 5—6% je nach Bonität und Garantie der Objekte, auf die Dauer von 20—25 Jahren mit Amortisation, von 40—50000 Mk. an aufwärts. Auszahlungsquote 96—97%. Bei schriftlichen Anfragen 30 Pfg. Rückporto.

Karl Bußmann, Borken i.W.,
Grünstr. 1. Sprechst. tägl. von 11—18 Uhr.

Zitronenmost

garantiert rein, flockenfrei, ½ Ltr **0.80**

Apfelsinenmost

feinste Qualität . . . . ½ Ltr. **1.—**

Himbeersaft

hochfein . . . . . 1 Pfd. **0.75**

Drogerie Maaß, Osterstr. 22.

Kammerjäger

Milberg
ist in Bocholt, Borken und Umgebung und vertigilt
Ratten, Mäuse, Käfer, Ameisen Wanzen usw.
nach neuestem Verfahren. Garantie für Erfolg auf ein Jahr. Bestell. erbitte an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wellensittiche

unter Händlerpreis

dunkelgrbl. X kobalt, himmelbl. X himmelblau und weiß X weiß. Besichtigung gern gestattet.

Franz Thole,
Höynk-Esch 12.

Statt besonderer Anzeige.

Gestern abend 7 Uhr entschlief, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, sanft und gottergeben, mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser guter, treusorgender Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Stadt-Oberbauinspektor

Johannes Kevenhörster

Er starb im 51. Lebensjahre, nach kurzem, schwerem Leiden, unerwartet, jedoch wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, nach einem Leben treuester Pflichterfüllung. (6129

Wir empfehlen seine liebe Seele der christlichen Fürbitte, insbesondere den Priestern am Altare.

Bocholt, den 23. Juni 1931.

In tiefstem Schmerz:

Regina Kevenhörster geb. Büning
Erich Kevenhörster
Walter Kevenhörster
Ernst Kevenhörster

Das feierliche Levitenhochamt findet statt am Donnerstag, dem 25. Juni, 8.30 Uhr, in der Pfarrkirche St. Georg, daran anschließend um 9 Uhr die Beerdigung vom Trauerhause (Hemdener Straße 24) aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Nachruf.

Gestern verschied nach kurzer Krankheit

Herr Stadt-Oberbauinspektor

Johannes Kevenhörster

im 51. Lebensjahre.

Tiefbewegt nehmen wir Kenntnis von dem plötzlichen Ableben dieses vortrefflichen und tüchtigen Beamten, der mit vorbildlicher Pflichttreue 25 Jahre der Stadt Bocholt seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung gestellt und mit Eifer und Verständnis an den baulichen Geschehnissen in der Stadt stets bedeutsamen Anteil genommen hat.

Wir werden diesen, unseren teueren Entschlafenen nicht vergessen.

Bocholt, den 23. Juni 1931.

Der Oberbürgermeister,
die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung Bocholt.

Capitol-Theater.

Achtung!

Erwerbslose haben heute Mittwoch und morgen Donnerstag von 5 bis 7 Uhr 6104

ermäßigte Preise.

Alle Tage Freude-

beim Kochen u. Braten.
Denn der **JUNO-HERD**
sieht schmuck aus, raucht nie,
verbraucht wenig Brennstoff
und lässt alle Speisen gut geraten.
Der **JUNO-HERD**
für Kohle- oder Gasfeuerung
ist billig. Sie können ihn sich noch
heute unverbindlich bei Hungerkamp
in grosser Auswahl ansehen.



KOHLENHERDE - GASHERDE - ÖFEN
am billigsten bei

ALOYS HUNGERKAMP
Inh. Aloys und Heinr. Hungerkamp
AUSSTELLUNG IM LAGER:
Kurfürstenstrasse 46.

Drucksachen liefert schnell, gut u. preiswert **J. & A. Temming, Bocholt**

Ausflugslokal [4936g

Haus Eder

Blumenkamp.

Heute Mittwoch

Konzert

Anfang 4 Uhr.

Sommernachtsball und die frischen **Erdbeeren mit Schlagsahne.**

Zur ersten hl. Kommunion



Alleinverkauf für Bocholt:

M.B. Hermeier

Auf weitere Jahre Neustraße 1 gegenüber Hermann Pottmeyer.

Fachgeschäft in Uhren, modernem Schmuck, Bestecken Geschenkartikeln, Optik.

Zur Kommunion!

Benutzen Sie für Ihre Einkäufe vorteilhaft meine **Einheitspreisabteilung** Dort finden Sie, was Sie brauchen, für wenig Geld.

Einige Beispiele:

25 Pfg.	50 Pfg.
2 Glasteller 1 Blumenvase 6 Kaffeelöffel 10 m Schrankspitze 1 Zitronenpresse 2 Eßteller	1 Kommunionbild 6 Eßlöffel od. Gabeln 1 Glasbutterdose 1 Saftkannne 3 Biergläser 1 Kannenuntersatz
75 Pfg.	**95 Pfg.**
3 Tassen Gold od. Zw. 1 Wandschoner 1 Kuchenform 1 Tortenschaufel 6 Mess. Untersetzer 6 Dessertteller 3 Likörrömer 1 Nickeltablette	1 Kommunionfigur 3 Weinrömer 1 Fruchtschale 9 Alpakkalöffel 3 Bowlengläser 4 Tafelmesser 1 Sahneservice 1 Schmuckkasten

Kaffeeservice 9teilig **4.75 Mk.** | **Tortenplatten** auf Fuß **3.75 Mk.**

Tafelservice 23teilig, Gold **19.00 Mk.** | **Alpakk.-Eßbesteck** 4teil. **3.25 Mk.**

Diese und viele andere Artikel sind im Schaufenster und auf Tischen im Laden ausgestellt. (6118a

M. Mühlfelder

Ostermarkt.

Gesellschaft Eintracht e. V.

Weinhandlung

Ravardistr. 2 Fernruf 2027

bringt ihr reichhaltiges Lager in

Rhein-, Mosel-, Pfalz-, Bordeaux- u. Südweinen sowie Schaumweinen erster Häuser

in empfehlende Erinnerung.

Gute Tisch- u. Bowlenweine v. Mk. 0.80,
gute Krankenweine v. Mk. 1.50 an

Verkauf auch an **Nichtmitglieder ohne Preisaufschlag.** [1975a

---

Bar-Darlehen zu 1% über Reichsbk.-Diskont ohne Vorkosten streng reell durch die **Notgemeinschaft der Berufstätigen e. V.** W.-Barmen, Oberwallstr. 49.

Vertreter gesucht.

Ein gut erhaltenes

Fahrrad

Marke Wittler, für 40 Mk. zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein gut erhaltener

Flachwagen

zu verkaufen.

Gerhard Mümken,
Karolingerstr. 4.

Eine hochtragende

Kuh

u. ein hochtragendes

Rind

zu verkaufen.

Mussumer Kirchweg 64.

Selbständige Existenz

auf dem Lande, als Landwirt od. Handwerker. Gutsgrößen 20—60 Morgen, besonders geeignet für kinderreiche Familien oder junge Ehepaare, und Heuerlingsfamilien mit baren Ersparnissen. Anzahlung 2—6000 Rm.

Anfragen wolle man richten an A. Kleinhölter, Telgte, **Münstertor Nr. 93.**

Billige Reste!

Große Posten Reste

in

Wollmusseline, Waschseide, Bembergseide, Voile, Baumwollmusseline, Seiden usw.

sind zu

staunend billigen Preisen

ausgelegt.

Wilh. Huisinkveld

Nordstraße 41

Spezialhaus für Kleiderstoffe und Seiden.

Zahnersatz
Zahnbehandlung

In Anbetracht der jetzigen Zeit haben wir unsere Preise bedeutend herabgesetzt b. gleichbleibender Qualitätsleistung.

H. F. Hamelberg, Dentist, Nordstr. 53.
O. Röding, Dentist, Langenbergstr. 24.

Das Gebot der Stunde

Kauft am Platze!

Zur Kinderkommunion

Wein, Weinbrand, 61310
Münsterländer Korn u. s. w.

selbstverständlich im Spezialhaus

Th. Wiethold, Bocholt.



Sie fallen angenehm auf durch neue

SALAMANDER

ALLEINVERKAUF:

Schuhhaus Leiting

Osterstraße 45/47

Gegründet 1886. Telefon 2448.

Größtes Schuhlager am Platze.

Vor Vergebung von

WERBE-DRUCKSACHEN

Katalogen, Broschüren
Geschäftsberichten
und Preislisten

fragen Sie bitte bei

J. & A. Temming, Bocholt

Realschulstraße Nr. 14 :: Telephon Nummer 3054

an! Wir bieten Ihnen Vorteile!

Mehrere

Riemen

bis 17 cm breit, hat abzugeben

Johann Wienand,
Wittekindstr. 1.

Einfach möbliertes

Schlafzimmer

mit Morgenkaffee im Mittelp. der Stadt sofort zu vermieten.

Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen

vom Lande, 24 Jahr., sucht zum 1. oder 15. Juli Stellung für Küche u. Hausarbeit.

Johann Rütter,
Heelden b. Isselburg.

Die Generaldebatte über den Bocholter Etat.

sch. **Bocholt**, 24. Juni.

Wir haben bereits in unserm gestrigen Bericht über den Beginn der Etatsberatung im Stadtparlament berichtet, die von Stadtv. Oberstudiendirektor Sommer eingeleitet wurde, der namens der Zentrumsfraktion dem Etat und dem Deckungsvorschlag der Verwaltung zustimmte. Nachfolgend sei über den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet:

Die Kommunisten lehnen ab.

Stadtv. Schmitz stellte zunächst erneut fest, daß „die herrschende Gesellschaft am Ende ihres Lateins angelangt" sei. Im übrigen sei beim Etat nur im Interesse der besseren Schichten gespart worden. Der Redner kündete im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wieder einmal den baldigen Untergang des kapitalistischen Systems an (im vergangen Jahr wurde er bereits für den Beginn dieses Jahres prophezeit). Wieder forderte er den Abbau der Oberbürgermeisterstelle, der höheren Gehälter, und der Hälfte der Polizei, alles Forderungen, von denen Herr Schmitz genau so gut wie wir weiß, daß sie nicht erfüllt werden können, weil sie ungesetzlich sind. Auch die weiteren Anträge des Redners (Streichung der Beerdigungsgebühren bei einem Einkommen bis zu 3000 M., freie Lieferung der Lernmittel für alle Volksschüler, deren Eltern ein Jahreseinkommen unter 3000 M. haben, Kürzung des Gymnasialetats um 150 000 M., Streichung des Zuschusses zum Oberlyzeum, Erhöhung des Wohlfahrtsetats um 300 000 M., freie Aerztewahl für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Lieferung von Bohnenkaffee und Tabak an die Insassen des Altersheims u. a.) trugen zu deutlich den Stempel der Agitation an sich, als daß sie hätten ernst genommen werden können. Dafür aber lehnte Herr Schmitz die vorgeschlagene Deckung des Fehlbetrages mit der ziemlich einfachen Begründung ab, daß es nicht Sache der Kommunisten sei, den „kapitalistischen" Etat zu sanieren. Gleichwohl schlage er vor, alle Einkommen über 15 000 M. mit einer Sondersteuer von 25% zu belegen.

Stadtv. Pottmeyer (Wirtsch. Ver.)

erkennt an, daß es durch die Zusammenarbeit fast aller Parteien gelungen sei, manche Härten, die bei der Beratung des Etats aufzutauchen drohten, abzuwenden und manche Ersparnisse für die Stadt herauszuholen. Wir hätten ja fast keine Selbstverwaltung mehr. Die neue Notverordnung habe den Fehler, daß sie neue Steuern fordere, die sehr oft für das Gemeinwesen nicht mehr tragbar seien. Die Ausgabendrosselung hätte schon viel früher einsetzen müssen. Es sei zu bedauern, daß die Regierung wieder einen großen Teil der Lasten auf die Gemeinden abgewälzt habe. Ein Zeichen der Ueberspannung der bisherigen Steuern sei der Rückgang der Ueberweisungen der Reichssteuern. Die Senkung der Realsteuern sei unbedingt erforderlich gewesen. Wir wären heute in Bocholt in einer besseren Lage, wenn wir nicht, verführt durch verhältnismäßig gute Zeiten, alle die Anleihen hereingenommen hätten. Sei doch die Zinsenlast für Anleihen von etwas über 20 000 M. im Jahre 1924 auf 545 000 M. angewachsen. Es müsse daher in Zukunft unter allen Umständen verhütet werden, die Zinsenlast zu vermehren. Weiter erkennt der Redner an, daß versucht worden sei zu streichen, wo es möglich und zweckmäßig gewesen sei. Er regt an, in Zukunft für geplante Projekte besondere Fonds anzulegen; seine Fraktion werde vorläufig unter keinen Umständen einer Anleihe zustimmen. Sodann stimmt der Redner der Verdoppelung der Bürgersteuer zu, wobei er die soziale Stellungnahme der Verwaltung bei der Einziehung dieser Steuer hervorhebt. Im übrigen sei es durch die Zusammenarbeit zwischen ihm und den Stadtverordneten Krüger und Göwert gelungen, hier besondere Milderungen für die Kinderreichen zu erreichen. Die Biersteuer sei für die Wirtschaftliche Vereinigung eine schwere Pille gewesen. Die Fraktion sei gegen jede Sondersteuer. Wenn sie doch ihre Zustimmung gebe, dann nur deshalb, weil man befürchten müsse, daß der Regierungspräsident eine noch höhere Besteuerung des Bieres eingeführt haben würde. Weiter setze seine Fraktion voraus, daß die Verwaltung auf die persönlichen und geschäftlichen Verhältnisse der einzelnen Wirte bei Einziehung dieser Steuer weitgehende Rücksichten nehme. Bei der Getränkesteuer liege der gleiche Zwang vor. Hoffentlich werde die Verwaltung für die Einziehung dieser Steuer eine Form finden, die tragbar sei. Die Erhöhung der Hundesteuer sei von seiner Fraktion in der Rechnungskommission abgelehnt worden, weil man sich hiervon keine Mehreinnahme verspreche, es werde höchstens ein Steuerausfall gegenüber dem Jahre 1930 vermieden. Zum Schluß begrüßt der Redner die Senkung der Schlachthofgebühren sowie des Preises für das gewerblich benutzte Licht.

Der Sprecher der Sozialdemokraten.

Stadtv. Ludwig meint zunächst, der vorgelegte Etat passe einem so, als wenn man einem eine Jake verkehrt herum angezogen habe. Auch er ist der Ansicht, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem abgewirtschaftet habe. Dies habe aber mit dem vorliegenden Etat eigentlich nichts zu tun. Auch er sei dafür, daß die Unterstützungssätze für die Wohlfahrtserwerbslosen um 25% erhöht würden. Selbst eine solche Erhöhung aber würde noch immer nicht genügen, um diese Aermsten der Armen an den „Segnungen der modernen Kultur" teilnehmen zu lassen. Sodann stellt der Redner die kommunistischen Anträge als reine Agitationsanträge hin, die praktisch gar nichts bedeuteten. Ferner weist er auf die bedenklichen Abstriche beim Bauetat hin. Wenn seine Fraktion ihre Zustimmung zum Etat gebe, dann geschehe das nur deshalb, weil den Erwerbslosen unter allen Umständen nach Möglichkeit geholfen werden müsse. Man werde der Verwaltung auf die Finger sehen, daß sie ihre Versprechungen (hinsichtlich der Einziehung der erhöhten Steuern) auch halten werde. (Zuruf des Oberbürgermeisters: Das ist gar nicht nötig!) Der Redner meint dann ganz richtig, daß es überflüssig sei, vieles über den Etat zu sagen. (Wenn alle Fraktionen dem Beispiel der Zentrumsfraktion und der Arbeitsgemeinschaft gefolgt wären und nur je einen Redner vorgeschickt hätten, die nur eine gute Viertelstunde geredet haben, dann hätte die Sitzung nicht fünf Stunden zu dauern brauchen. Die Red.) Der Redner geht dann auf die (vermutlich mißverstandenen) Ausführungen des Stadtv. Pottmeyer über die städtische Anleihepolitik näher ein, wobei er an Hand von Zahlen nachweist, daß die Anleihen in den Jahren 1926 bis 1929 durchweg für notwendige Zwecke (Straßen-, Brücken- und Wohnungsbauten, Regulierung der Aa usw.) aufgenommen worden seien, wodurch natürlich sehr viel Geld in die Kreise des gewerblichen Mittelstandes geflossen sei. Man müsse eben die Angelegenheit von zwei Seiten betrachten (Stadtv. Pottmeyer: Ich zeige Ihnen gleich eine dritte Seite, allgemeine Heiterkeit). Nachdem Herr Ludwig noch einen kurzen Abstecher in die hohe Politik gemacht (wobei er das grenzenlose Elend Herrn Brüning einzig und allein in die Schuhe schiebt!!!), erklärt er seine Zustimmung zum Etat und dem Deckungsvorschlag der Verwaltung, weil sonst der Staatskommissar komme. Aus Prinzip sei die Sozialdemokratie gegen eine Zuschußleistung der Betriebswerke zum allgemeinen Etat, aber in einem Notjahr wie jetzt müsse man schon seine Zustimmung hierzu geben. Zum Schluß beantragt der Redner zur Verbilligung des Gaspreises für die minderbemittelten Schichten 6000 M. aus dem nächstjährigen Etat zu entnehmen.

Für die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft

spricht Stadtv. Dr. Reusch, der etwa folgendes darlegt:

Der diesjährige Etat wird wohl bei niemand, dem die Ordnung unseres Gemeinwesens und die Wohlfahrt der Bürger am Herzen liegt, Befriedigung auslösen. Die bedauerliche Tatsache, daß ein offenes Defizit in Höhe von 800 000 M. vorgetragen werden soll, beleuchtet schlaglichtartig die trostlose finanzielle Lage, in die man hineingeschlittert ist unter Verkennung des einfachsten wirtschaftlichen Grundsatzes, daß man seine Ausgaben nur nach seinen Einnahmen einrichten darf, daß aber das umgekehrte Verfahren, wie es von der öffentlichen Hand in der Nachkriegszeit allgemein beliebt worden ist, zum Untergang führen muß. Optimismus ist auch in kommunalwirtschaftlichen Dingen nur dann gerechtfertigt, wenn er fundiert ist, mit anderen Worten, eine Gemeinde muß die Steuerkraft ihrer Bürgerschaft genau beobachten und ihre Ausgaben von einer voraussichtlich für längere Zeit zu erwartenden normalen durchschnittlichen Steuerkraft abhängig machen. Die Außerachtlassung dieses Gesichtspunktes hat zu dem jetzigen Defizit nicht unwesentlich beigetragen. Ein bedenkenloses Wirtschaften aus dem Vollen heraus wird in Zukunft aufhören müssen. Wir dürfen uns vor allem nicht der Illusion hingeben, daß wir für unsere städtischen Finanzen von Staat und Reich, die ebenfalls an chronischem Geldmangel leiden, dauernde Hilfe zu erwarten hätten. Das Schlimmste, was dem deutschen Volk nach dem gestern bekanntgewordenen amerikanischen Schritt widerfahren könnte, wäre, wenn Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Anstalten sich nun wieder verleiten ließen, ins Blaue drauflos zu wirtschaften. Ein Etat, der sich in Einnahmen und Ausgaben nicht ausgleicht, ist kein Etat und dürfte normalerweise nicht vorgelegt werden. Wenn wir auch heute vielleicht noch sagen dürfen, daß wir unter Heranziehung aller Reserven und Fonds noch knapp die Deckung der Ausgaben ermöglichen könnten, so ist doch zu betonen, daß die Reserven nur einmal und nicht laufend zur Deckung herangezogen werden können und das bei gleichbleibenden Ausgaben das ungedeckte Defizit im nächsten Jahre in der vollen Höhe erscheinen und sich dann weiterhin zwangsläufig erhöhen müßte. Um die finanziellen Grundlagen unserer Stadt nicht zu erschüttern, bleibt nichts anderes übrig als unerbittliche Sparsamkeit. Die etwa eintretenden Schwierigkeiten müssen gemeistert werden. Es muß so haushälterisch mit den vorhandenen Mitteln gewirtschaftet werden, daß auch in Notjahren die Erfüllung der wichtigsten Aufgaben sichergestellt bleibt. Es wird Ihnen verständlich sein, daß es mir, der ich seit Jahren versucht habe, ökonomischen Gesichtspunkten in unserer städtischen Finanzgebarung zur Beachtung zu verhelfen, außerordentlich schwer ist, zu dem Haushaltsplan, der nach meiner Ansicht als ordnungsmäßiger Haushaltsplan nicht mehr gelten kann, Stellung zu nehmen. In den Verhandlungen mit den Gewerbetreibenden und auch in den Rechnungskommissionsitzungen hat nun die Verwaltung die Erfüllung unserer Forderung, energische Sparmaßnahmen durchzuführen, wiederholt zugesagt. Unter der Voraussetzung, daß diese Versprechungen der Stadtverwaltung, die Ausgaben nach dem allernotwendigsten Bedarf zu bestimmen, verwirklicht werden, wollen wir den vorliegenden Haushaltsplan trotz schwerster Bedenken mit verabschieden. Wir machen aber zur Bedingung, daß die Stadtverwaltung im laufenden Etatsjahre Wege findet, um im nächsten Jahre wieder einen ausgeglichenen Etat vorlegen zu können.

Die zweite Rednergarnitur

eröffnet, da die Zentrumsfraktion vernünftigerweise auf einen weiteren Redner verzichtet, Stadtv. Uebbing (Komm.), der noch einmal verraten zu müssen glaubt, daß das kapitalistische System am zusammenbrechen sei. Dann verurteilt der Redner in nicht gerade von allzu großer politischer Weisheit zeugenden Redensarten die Brüningsche Politik, um schließlich auf den Etat zu sprechen zu kommen, der eine Mißgeburt sei. Der Redner hält es in diesem Zusammenhang für die Pflicht der Arbeiterschaft, dem „korrupten kapitalistischen System" den Garaus zu machen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ergeht der Redner sich in derartigen unparlamentarischen Ausdrücken, daß der Vorsitzende sich gezwungen sieht, ihn nacheinander dreimal zur Ordnung zu rufen, was schließlich seine Ausweisung aus dem Sitzungssaal, die Aufhebung der Sitzung und den bereits mitgeteilten Tumult zur Folge hat.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung spricht zunächst Stadtv. Lindenberg (Wirtsch. Ver.): Man habe alle Veranlassung, sich in heutiger Zeit zusammenzuschließen. Es sei ein trauriges und beschämendes Zeichen, daß man die Ausgaben für die Volksbildung so sehr habe kürzen müssen. Aber man müsse sich schließlich damit zurecht finden, da die Ernährung der Bevölkerung keinen Schaden nehmen dürfe. Man müsse sich eben heute auf gar manchen Gebieten einschränken. Auch die wohlerworbenen Rechte müßten abgebaut werden. Gewiß leide die Arbeiterschaft in erster Linie Not. Aber auch der gewerbliche Mittelstand leide Not, was von der Arbeiterschaft aber nie anerkannt werde. Und doch sei bei vielen Mittelständlern die Not größer als in mancher Arbeiterfamilie. Nicht in letzter Linie leide heute auch die Industrie Not, und weil sie Not leide, gehe es der Arbeiterschaft und dem Mittelstand schlecht. Wir lebten allerdings in einem zusammengebrochenen kapitalistischen Staat. Aber wenn wir kein Kapital hätten, gehe es uns noch viel schlechter. Nach einem kurzen Zwiegespräch mit dem Kommunisten Schlatt über den Begriff „Kapital" und einem Abstecher in die Anleihepolitik des Reiches und der Kommunen, die dazu führen werde, daß die Städte feste Werte verkaufen müßten, um Kapital zu beschaffen, macht Herr Lindenberg auf den Erfolg der Gesundheitspflege aufmerksam, aus der ein besserer Kräftezustand der Jugend für die Zukunft zu erwarten sei. Der Redner schließt: Ich glaube nicht an den Zusammenbruch in Deutschland. Wir stehen zwar in einer schweren Krise; wir müssen alle dazu beitragen, daß die Krise überwunden wird, vor allem durch spartanische Sparsamkeit.

Nachdem Stadtv. Schlatt (Komm.) sich für die Herabsetzung der Gas- und Elektrizitätspreise ausgesprochen hat, wendet sich Stadtv. Krüger (S. P. D.) in längeren recht temperamentvollen Ausführungen gegen die Behauptung des Stadtv. Dr. Reusch, daß in früheren Jahren ein gedankenloses Draufloswirtschaften stattgefunden habe. Diese Behauptung müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Der vorliegende Etat müsse nicht auf Grund des früheren Wirtschaftens verabschiedet werden; einzig und allein das enorme Anschwellen der Wohlfahrtserwerbslosen sei die Ursache des unausgeglichenen Etats. Die früher beschlossenen Projekte seien sämtlich sorgfältig geprüft worden; nicht nur für sich, sondern auch für die Mehrheit der übrigen Stadtverordneten nehme er in Anspruch, daß verantwortungsvoll gearbeitet worden sei. Es wäre zu wünschen, wenn bei der Industrie etwas mehr ökonomische Gesichtspunkte beachtet würden und z. B. nicht blindlings die Rationalisierung immer mehr um sich greife, die eine Hauptursache der gewaltigen Erwerbslosigkeit sei. Wenn Bocholt nicht die enorm hohe Zahl von Erwerbslosen hätte, wäre man in der Lage, den Etat glatt zu verabschieden. Es sei zu wünschen, daß in Zukunft so verantwortungsvoll gearbeitet werde wie in der Vergangenheit. Auch Herr Krüger stellt fest, daß das kapitalistische System durch und durch krank sei. Von einer Herrschaft der Kommunisten aber sei eine Besserung wahrhaftig nicht zu erwarten. Wer daran noch glaube, der möge ein Buch Lenins lesen, dann werde er bald bekehrt sein. Vor allem hätten die Kommunisten gar keine Ursache, sich über Diktatur zu beklagen, in Rußland verfahre man noch ganz anders. Zum Schluß rechnet der Redner gründlich mit den Agitationsanträgen der Kommunisten ab, wodurch man den Wählern nur Sand in die Augen streue. Man möge doch etwas ehrlicher in der Politik sein. Es sei sehr leicht, Agitationsredner zu sein, ungleich schwerer aber sei es, als Mensch den leidenden Mitmenschen seelisch näher zu kommen und zu helfen.

Da die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft auf die Benennung eines zweiten Etatsredners verzichtet, ist die Rednerliste erschöpft. Es erhalten noch einige Redner das Wort zu persönlichen Bemerkungen. Stadtv. Pottmeyer weist in sehr scharfen Worten die Bemerkungen des Stadtv. Ludwig zu seinen (des Redners) Ausführungen über die Anleihepolitik der Stadt zurück. Er habe nicht die Ausführungen von Arbeiten im allgemeinen bemängelt, insbesondere nicht die Aufnahme von Anleihen für Betriebe, die sich selber unterhalten, wie z. B. für die Licht-, Wasser- und Kanalanlagen. Aber Zuschußbetriebe dürften keine Anleihen aufnehmen, hierfür müßten Fonds gesammelt werden. So sei im Frieden gewesen, und so müsse es wieder werden. Aus der Friedenszeit stammten noch der Rathausfonds, der Gymnasialfonds, der Werkerhaltungsfonds usw. Für die Richtigkeit seiner Forderung führt der Redner folgendes Beispiel an: Im Jahre 1929 sei eine Anleihe in Höhe von 2 235 000 M. aufgenommen worden. Für diese Schuldurkunde habe man nur 1 890 000 M. erhalten und zahle jetzt 27 Jahre lang 220 000 M. Wenn man diese Summe durch einen Fonds angesammelt hätte, der mit 9% verzinst worden wäre, dann habe man in 7½ Jahren die erhaltene Summe besessen. Beim Ansammeln des Fonds hätte man ¾ der Arbeiten ausführen können, und heute könne man die Gelder, die jetzt als Zinsen abgeführt werden, dem Baumarkt zuführen. Auf die Dauer bringe das Fondssystem mehr Arbeit und Brot als die Borgwirtschaft, die ein wirtschaftlicher Unsinn sei.

Nachdem noch die Stadtverordneten Schmitz und Ludwig kurze persönliche Bemerkungen gemacht haben, wird zur Abstimmung über den Etat en bloc und die Deckungsvorlage geschritten. Sowohl der Etat wie der Deckungsvorschlag der Verwaltung werden, wie bereits mitgeteilt, von sämtlichen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten angenommen.

Oberbürgermeister Dr. Schmitz dankt den Stadtverordneten für den Beschluß, indem er ausführt: Durch den von allen Fraktionen außer der kommunistischen einmütig gefaßten Beschluß haben Sie erwiesen, daß bei Ihnen als Ausfluß der übernommenen hohen Verantwortung in der öffentlichen Arbeit das Gemeinwohl den Zielen der einzelnen politischen Richtung vorgeht. Es ist für mich ein erhabenes Gefühl, Stadtverordnete zu Mitarbeitern zu haben, die in Zeiten der Sorgen, der Schwermut und der Massenhilfsbedürftigkeit in ernster Erkenntnis der sich auslösenden Wirkungen sich zur Aufgabe machen, nur sachliche Gesichtspunkte entscheiden zu lassen und bei ihrer Bewertung und Beurteilung die trennenden zurück-, die vereinenden dagegen voranzustellen, um endlich trotz der verschiedenen politischen Richtungen zu einer gemeinsamen Richtung zum Besten der Gesamtheit der Bürgerschaft zu kommen.

Die Tarifpolitik der Städt. Betriebswerke

Ausführungen des Bürgermeisters Brockhoff in der Stadtverordnetensitzung.

Zu den Bilanzen der städtischen Betriebswerke brauche ich keine größere Ausführungen zu machen, da diese mit den nötigen Erläuterungen gedruckt vorliegen. Bemerken möchte ich nur noch, daß es im Berichtsjahre noch gelungen ist, den Konsum bei den drei Werken etwa auf der gleichen Höhe zu halten wie im Vorjahre. Es war deswegen möglich, den vorgesehenen Reingewinn von 130 000 RM., in dem auch die Gebühren an die Stadt für die Benutzung der Straßen enthalten sind, auszuschütten.

Wenn ich gleichzeitig einen Ausblick auf das nächstfolgende Jahr werfen darf, so muß leider gesagt werden, daß bei sämtlichen Werken der Konsum einen kleinen Rückgang erfahren hat. Wenn Sie trotzdem in dem jetzigen Etat, der sich auf die Ergebnisse des Jahres 1930/31 aufbaut, einen Reingewinn von 150 000 RM., anstatt im Jahre vorher 130 000 RM. eingesetzt sehen, so wird der Mehrreingewinn nicht aus Mehreinnahmen gedeckt werden können, sondern es werden im nächsten Jahre die Abschreibungen und die Rücklagen um die entsprechenden Summen gekürzt werden müssen. Wir glaubten, in der Betriebswerksdeputation dieses für das gegenwärtige Notjahr verantworten zu können.

In der Betriebswerksdeputation wurde der Wunsch geäußert, daß ich in der heutigen Sitzung etwas über die Tarifpolitik der Stadt Bocholt und der Betriebswerksdeputation bei den einzelnen Werken sagen möge. Diesem Wunsche komme ich gerne nach, umso mehr, als offensichtlich weiten Kreisen der Bevölkerung eine ganz falsche Auffassung über diese Tarifpolitik herrscht. Weite Kreise der Bevölkerung sind offenbar der Ansicht, daß die Spanne zwischen Ein- und Verkaufspreis den Gewinn der Stadt Bocholt darstelle. Das ist natürlich nicht der Fall. Aus dieser Spanne zwischen Ein- und Verkaufspreis müssen zunächst noch eine ganze Reihe von Unkosten gedeckt werden.

Ich will das Hauptgewicht bei meinen Ausführungen auf das Gaswerk legen, weil bei diesem die Tarifpolitik der Stadt verhältnismäßig am leichtesten verständlich zu machen ist und beim Elektrizitätswerk dann nur Ergänzungen geben.

Beim Gaswerk

ist der Einkaufspreis nicht einheitlich. Er setzt sich aus einer ganzen Reihe Faktoren zusammen, aus einem Grundpreise, aus einem Kohlenzuschlag und aus einem Arbeitslohnzuschlag, die beide nach ganz bestimmten Formeln berechnet werden. Auch ist der Preis ganz verschieden, je nachdem die Stadt das Gas mit oder ohne Streckkaufel einkauft. Im Durchschnitt zahlt die Stadt für ihr Gas bei den heutigen Kohlenpreisen und Löhnen einen Preis von ca. 4,7 Pfg. Für diesen Preis bezieht die Stadt das Gas aus der Hochdruckleitung bis zum Gasometer. Sie hat die Gasometer selbst zu stellen und für deren Verzinsung und Abschreibung besondere Aufwendungen zu machen. Ebenso hat sie das gesamte Verteilungsnetz für das Gas in der Stadt anzulegen und zu unterhalten. Das gegenwärtige Verteilungsnetz hat eine Länge von rd. 60 km. Rechnet man für die Gasometer nur ein Anlagekapital von rd. 100 000 RM. und für das Rohrnetz ein Anlagekapital von rd. 7,— RM. pro lfdm. im Durchschnitt, so ergibt sich schon ein Anlagewert für diese beiden Teile der Verteilungsanlage von 500 — 600 000 RM. Für die Verzinsung und Abschreibung dieser Werte hat die Stadt Aufwendungen zu machen, des Weiteren auch für ihre Unterhaltung. Ferner hat die Stadt Aufwendungen zu machen für das Ablesen der Zähler, das Ausstellen der Rechnungen, die Einkassierung und ähnliches mehr. Auch stellen die Betriebswerke die Straßenbeleuchtung der Stadtverwaltung neben dem Reingewinn unentgeltlich zur Verfügung, und zwar trägt die Hälfte dieser Kosten das Gas-, die andere Hälfte das Elektrizitätswerk. Ferner sind Steuern, soziale Abgaben und sonstiges zu zahlen. Unter normalen Verhältnissen kann man ungefähr rechnen, daß dem Einkaufspreis zuzurechnen sind:

für Verzinsung, Abschreibung und Unterhaltung des Rohrnetzes und der Gasometer sowie der sonstigen Werksanlagen	rd. 4 Pfg. je cbm.,
für die Straßenbeleuchtung	rd. 1 Pfg. je cbm.,
für den Reingewinn der Betriebswerke	rd. 2,5 Pfg. je cbm.,
für Steuern, soziale Unkosten und ähnliches	rd. 1 Pfg. je cbm.,
für Gehälter, Betriebslöhne und allgemeine Unkosten, wie Bürounterhaltung, Heizung, Licht, Gasometer-Heizung usw.	
für Verluste im Rohrnetz	rd. 3,5 Pfg. je cbm.,
	rd. 0,7 Pfg. je cbm.,
	rd. 12,7 Pfg.

Rechnet man dazu den Gest. Preis mit rd. 4,7 Pfg. so ergibt sich der Gestehungspreis mit 17,4 Pfg. Die Stadt Bocholt erhält für das Gas nach den genauen beim Gaswerk geführten Statistiken z. Zt. im Durchschnitt rd. 15,5 Pfg. Zu einem so niedrigen Preise abzugeben, ist nur deshalb möglich, weil stets eine vorsichtige Finanzpolitik bei den Werken betrieben, insbesondere vermieden wurde, Neuanlagen nur auf Anleihen zu nehmen und versucht worden ist, möglichst mit eigenem Kapital zu arbeiten. Die Tarife sind so aufgestellt worden, daß jeder Konsument für die Menge, die er im gleichen Monate des Jahres 1925 vom Gaswerk bezogen hat, einen Preis von 18 Pfg., den Mehrverbrauch jedoch nur mit 12 Pfg. für den Kubikmeter bezahlt. Daneben besteht für solche Haushaltungen, die ihre Zimmerheizung mit Gas betreiben, für dieses Gas der Preis von 8 Pfg. Auch für Industriegas bestehen besondere Bezugsbedingungen und Preise.

Insgesamt werden beim Gaswerk von den z. Zt. bezogenen 2 600 000 cbm. dr. 2 000 000 cbm. gegen Entgelt abgegeben. (Der Rest entfällt auf die öffentliche Beleuchtung, den Selbstverbrauch des Werkes und den Verlust). Von den 2 000 000 werden rd. 1 200 000 cbm. zum Grundpreise von 18 Pfg., der Rest zu einem verbilligten Gaspreise abgegeben. Die Einführung zweier Gaspreise hat sich durchaus bewährt. Ca. 50% aller Konsumente beziehen neben dem zum Grundtarif bezogenen Gas auch verbilligtes Gas.

Interessant und für die Tarifpolitik der Betriebswerke-Deputation mitbestimmend ist, wie sich die Abgaben auf die einzelnen Konsumenten verteilen. Es verbrauchten z. B. im Monat Februar 1929 rund 200 Konsumenten 0, 355 Konsumenten 2, 471 Konsumenten 5, 610 Konsumenten 10, 2000 Konsumenten 20, 1211 Konsumenten 30, 362 Konsumenten 50, 245 Konsumenten 80, 103 Konsumenten 100, 81 Konsumenten 150, 36 Konsumenten 200, 13 Konsumenten 300, 8 Konsumenten 500, 4 Konsumenten 1000, 1 Konsument 4000 Kubikmeter Gas, also insgesamt rund 5700 Konsumenten rund 168 715 Kubikmeter Gas. Hieraus ist zu ersehen, daß im Monat Februar 1929 200 Konsumenten überhaupt kein Gas abnahmen und nur die Messermiete von 30 Pfg. bezahlten und 355 Konsumenten einen Gasverbrauch von nur 2 cbm. im Monat hatten, also an das Gaswerk im ganzen nur 36 Pfg. für Gas und 30 Pfg. für Zählermiete, insgesamt also 66 Pfg. zahlten.

(Fortsetzung folgt).

Kleine Vorlagen.

Aufhebung des städt. Mieteinigungsamtes.

Nachdem das Preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt bestimmt hat, daß das Amtsgericht die Geschäfte des städtischen Mieteinigungsamtes wahrzunehmen hat, sobald dieses Mieteinigungsamt aufgehoben ist, wird beschlossen, das städtische Mieteinigungsamt mit Wirkung vom 16. April 1931 aufzuheben.

Das alte Gymnasium

soll nach den Plänen und Kostenanschlägen des Stadtbauamtes umgebaut werden. Die Kosten in Höhe von 35 000 RM. werden bewilligt. Sie sollen dem Volksschulneubaufonds entnommen werden. Das Gebäude findet Verwendung für Volksschulzwecke, für die kaufmännische Berufsschule, für die Aussteuersparkasse und die Jugendherberge.

Genehmigt wird der Verkauf einer Fläche von 300 Ruten aus einem Grundstück an der Aaltener Chaussee in der Gemeinde Hemden zum Preise von 5 RM. je Quadratrute und eines Teiles der bisherigen Wiesenstraße (ca. 35 Quadratruten) zum Preise von 30 RM. je Quadratrute, sobald das förmliche Wegeeinziehungsverfahren dieses Straßenteils durchgeführt ist. Die Einziehung des Weges, soweit dieser von der Parzelle Flur 57 Nr. 17 usw. begrenzt wird, wird genehmigt.

Die Annahme der Angebote des Fabrikarbeiters Alois Meiners und des Schlossers Joh. Giegengack betr. Abtretung von Straßengelände zur neuprojektierten Verbindungsstraße zwischen Gneisenau- und Werderstraße wird genehmigt.

Der von der Besitzung der Wwe. Siegmund Bach nach dem Fluchtlinienplan in die Gasthausstraße fallende Geländestreifen soll zum Preise von 50 RM. je Quadratmeter angekauft werden.

Die bisherige Fluchtlinie der Straße „An der alten Aa" wird aufgehoben. Die Neufestsetzung der Fluchtlinie dieser Straße von der Kaiser-Friedrich-Straße bezw. dem Aafluß bis zur Einmündung in die Hohenzollernstraße nach Maßgabe des vorgelegten Fluchtlinienplanes, der eine Breite der Straße „An der alten Aa" von 11 Metern vorsieht, wird genehmigt. Genehmigt wird ferner die Abänderung des Fluchtlinienplanes der Wesselstraße und der Straße „An der Bleiche" entsprechend dem vorliegenden Plane. Es ist eine Erbreiterung der Wesselstraße von 5 auf 7 Meter und der Straße „An der Bleiche" von 6,50 auf 8 Meter vorgesehen.

Ferner wird noch der Verkauf eines Grundstücks an der Moltkestraße zum Preise von 40 RM. je Quadratrute an den Bocholter Bauverein und der Ankauf einer 6 Quadratruten großen Geländefläche von der Wwe. Bern. Kosthorst zum Zweck der Anlage einer Transformatorenstation gemäß Angebot vom 20. Juni 1931 genehmigt.

Billiger Send-Verkauf

Riesen-Posten Anzüge schöne moderne Muster 26,- 22,- **18,-**

1 Posten Herren-Anzüge reines Kammgarn, z. Teil auf K.-Seide gearb., m. eleg. prima Verarbeitung, 32,- 29,- **24,-**

Blaue Herren-Anzüge a. reinw. Kammg., in tadell. Paßform, 27 37 **49,-**

Sport-Anzüge, Loden-Mäntel, Gummi-Mäntel, Lederjacken, Windjacken, 24,- 18,- **12,-**

Achtung!

Getragene, fast neue gereinigte Maß-Anzüge Gehrock-, Cutaway- u. Smoking-Anzüge 18,- 15,- **8,-**

Gelegenheitskauf!

Riesenauswahl in Land- und Sportstiefel, br. u. schw., sowie eleg. Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe äußerst billig.

Reit-Stiefel, Motorrad-Stiefel u. Leder-Gamaschen

kaufen Sie wie bekannt **nur** im Bekleidungshaus

Sperling Münster i. W. Jüdefelderstr. 42

Bitte genau auf die Hausnummer **42** zu achten.

Auswärtigen wird halbe Fahrt vergütet

Peter und Paul durchgehend geöffnet

Schlegel-Altbier

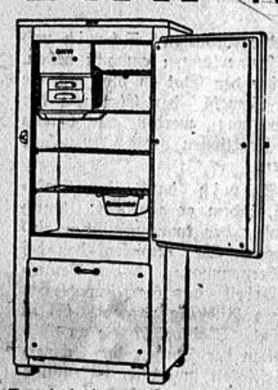
ist wundervoll geraten.

Versuchen Sie bitte die köstliche

Altbier-Bowle

mit Erdbeeren; ein Hochgenuß!

DKW-Kühlschränke



von **RM. 590,-** an

In monatlichen Raten von 89,50 RM. an.

Wollen Sie jetzt noch zögern?

Ein Kühlschrank ist eine Notwendigkeit

Besichtigen Sie bitte diesen Schrank in der **VEW, Münster, Ludgeristraße**

Elmon-Münster, Albersloher Weg 43. Telephon Nr. 407 51.

---

9 Tage nach Italien

Abreisen: 4. u. 18. Juli, 2. u. 15. Aug., 5. u. 19. Sept. u. später

Besuch von Basel, Luzern, Vierwaldstätter See, Flüelen, Axenstraße, Gotthard, Mailand, Venedig, Bozen, Meran und München . . . **188 Mk.**

9 Tage die Fünfseenfahrt Genfer See, Lago Maggiore, Comersee, Luganer u. Vierwaldst. See **198 Mk.**

8 Tage Vierwaldstätter See eine ideale Erholungs- und Ferienreise . . . . . **138 Mk.**

Preise einschl. Bahn- und Dampferfahrten, Hotelunterk., voller guter Verpflegung, Trinkgelder, Besichtigungen, Führungen stets ab u. zurück Köln

Auskunft und Prospekte kostenlos durch das

Reisebüro M. Lückertz, Münster i. W., Drubbel 4.

Billige Reise

für die Leser der Zeno-Zeitungen

nach Lourdes

Dauer 7 Tage! Abfahrt 27. Aug. 1931, Anmeldung bis 10. August 1931. Preis einschließlich Rückfahrt:

Münster-Münster III. Kl. Rm. **82,70**
II. . . **126,90**
Aachen-Aachen III. . . **62,50**
II. . . **94,50**

einschl. der Kosten für Führung, einer Autorundfahrt in Paris bezw. Autofahrt ab Paris Nordbahnhof zum Bahnhof Paris Quai-d'Orsay und zurück. Zuschlagskarten für Hotel und volle Verpfleg. während der ganzen Reise

Rm. 55,-

einschl. Bedienungsgelder, Steuern usw. Ausf. Prosp. kostenl. durch die

Anz.-Verw. der Zeno, Münster i. W., Salzstr. 33a am Servatiiplatz.

Möbel-Sonder-Verkauf

von zurückgesetzten Musterzimmern

Beginn Mittwoch

Herrenzimmer
Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen
Einzelmöbel, wie
Sessel, Tische
Flurgarderoben usw.

Teilweise 50% unter Selbstkosten.

Verkauf nur Fabriklager.

Möbelfabrik Rincklake

Münster i. W. — **Augustastraße 60**

Der Total-Ausverkauf von landwirtschaftlich. Maschinen und Ersatzteilen

wird zu weiter ermäßigten Preisen fortgesetzt

Prüfungsstation Münster

Bernhardstraße 4—8

Einen guten und billigen Anzug kaufen Sie in der **Neuen Kleider-Zentrale.**

Hosen v. 2,00 Mk. an
Jacken v. 2,50 Mk. an
Windjacken v. 5,50 Mk. an

Sparen können Sie bei der heutigen geldknappen Zeit, wenn Sie in der **Neuen Kleider-Zentrale,** Münster Windthorststraße 16 (direkt am Bahnhof) kaufen.

Auswärtige bekommen eine halbe Fahrt vergütet.

Waisenhäuser,

Schulen, Kapellen, Kirchen, Krankenhäuser, Wohnungen für Missionare und Missionsschwestern, Lehrer-, Lehrerinnen- und Priesterseminare, der Lebensunterhalt der Missionare, der Schwestern, Brüder, Waisenkinder, Katechisten usw. usw. erfordern alljährlich gewaltige Geldmittel. Müßte nicht jeder Katholik nach besten Kräften mithelfen, durch eine finanzielle Beisteuer für den Fortbestand und das Fortschreiten des Missionswerkes der hl. Kirche mitzusorgen? Er möge diese Pflicht erfüllen durch eine Gabe an das kirchenamtliche Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung, den **Franziskus-Xaverius-Missionsverein in Aachen.** Postscheckkonto Köln 47860. Kein Geld in gewöhnliche Briefe legen!

Ahaus i. Westf.

Freitag, den 26. Juni 1931,

Kram-, Rindvieh- u. Schweinemarkt

Größte Schweinemärkte des Grenzbezirks.

Maß-Anzüge

wenig getragen, von besseren Herrschaften

	von 9,—	Mk. an
Mäntel	- 8,—	- -
Hosen	- 2,—	- -
Schuhe	- 2,—	- -
Ferner:		
Neue Anzüge	von 22,—	Mk. an
Neue Hosen	von 3,50	Mk. an
Neue Landschuhe	von 5,50	Mk. an
Gamaschen, Rindleder,	von 6,50	Mk. an

Der weiteste Weg lohnt sich zum

Partiewarenhaus Lewenthal

Münster i. Westf., jetzt Königstr. 44

gegenüber der Ludgerikirche.

Auswärtige Kunden erhalt. eine halbe Fahrt vergütet. — Zu erreichen in **3 Min.** durch den Verspoel, gegenüber d. Hauptbahnhof.

Die ganze Woche durchgehend geöffnet!

Zum Send

auf Möbel 5% bis **10%** Rabatt, auch bei Ziel von **24** Monaten.

Josef Lippe Ww. Münster i. W., Alter Steinweg 30.

Neo-Ballistol-Klever!

Vor dem Kriege patentiert im In- u. Auslande

Desinficiens

Unentbehrl. für Mensch, Tier u. Pflanze **Tötet Eiter- und Wundbazillen** gem Prosp. II und regt **Gewebsneubildung** hervorragend an. **Radikalmittel** gegen alle Pflanzenschädlinge,

Ungeziefer, Blutlaus, Monilia usw.

gem. Prospekt

Weltliteratur gratis und franko.

In Apotheken, Drogerien, landwirtschaftlichen u. Waffengeschäften, sonst von Fabrik.

Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.

Markisen für Schaufenster u. Balkone

in jeder Ausführung, garantiert sicher laufend, liefern

Aug. Gerwin Schlossermeister Johann-Hamann Str. 8 Telephon 401 37

Münster

Aug. Höner Dekorationsgeschäft Südstraße Nr. 93 Telephon 232 96

Kostenanschlag unverbindlich.

Suche zu kaufen

Gleichstrommotor. 2—3 PS., 65 Volt.

Gutsbesitzer Schulze Schleithoff, Beerlage b. Billerbeck.

Zeno-Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Suche möglichst bald nettes kath.

Mädchen

nicht unter 25 Jahren, erfahren in Küche und Haushalt. Gute Zeugnisse erforderlich.

Frau Ww. Notar van Eekelen, Winterswyk (Holland)

Zum sofortigen Eintritt

Lehrköchin

ohne gegenseitige Vergütung, gesucht.

Hotel Klüpper-Fechtrup, Münster i. W.

Suche einen gesunden, ehrlichen sauberen

Mann

zum Milchverkauf und Melken.

Benteler-Tewes, Lüdingbausen i. W.

Aelterer

Mann

oder **Junge** für kl. Stall gesucht.

Gottfried, Handorf bei Münster.

Wöchentlich 30 RM. durch leichtanzufertig. Artikel im Hause, lt. kostenloser Auskunft.

Meints, Magdeburg L. 56.

Gesuche

Katholisches **Mädchen** 23 Jahre alt, welches nach eini. Pensionszeit im Elternhause tätig war, mit allen Hausarbeiten vertraut ist, **sucht Stellung** bei vollem Familienanschl.

Maria Büser, Horst-Emscher, Hochstraße 32.

Für Geschäftshaushalt (3 Erw.) erf., perfekt., sauberes

Mädchen

oder einf. Fräulein für Küche u. alle Hausarbeit zum 1. August gesucht. Gute Zeugn. Bedingg. Wasch- und Putzhilfe vorh. Gute Behandlg. Fam.-Anschl. Off. unt. Z 204 an die Allgem. Zeitg., Coesfeld

---

Intelligentes Mädel, 22 Jahre, **sucht Lehrstelle als Schneiderin** bei nur tücht. Meisterin, bei Familienanschluß. Off. unt. T 466 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster i. Westf.

Suche für mein. Sohn, 16½ Jahre, Gesellenprüfung bestanden, zu sofort oder später

Stelle

als Volontär i. Klempner- od. Installationsgeschäft. Kost beim Meister erwünscht.

Ferd. Köching, Klempnermeister, **Schermbeck.**

Wegen Neueinteilung der Bezirke suchen wir für mehrere Plätze des Kreises Beckum fleißige,

verkaufstüchtige Herren

Es handelt sich um den Verkauf täglich benötigter Artikel für Landwirte, womit verschiedene unserer Vertreter monatlich Mk. 400 bis 600 verdienen. Unsere Firma ist überall für beste Qualitäten bekannt. Angebote mit Lebenslauf erbitten wir unter T 468 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster i. Westf.

Angesehenes Baustoffwerk sucht für s. T. verbilligte syndikatsfreie Artikel

General-Vertreter

gegen Fixum, Vertrauensspesen, Umsatzvergütung. Langfristiger Vertrag. Lager mit Bahnanschluß erwünscht. 3- bis 5000 Mk. Kaution gegen Sicherstellung erforderlich. Ang. unter F 797 an die Ann.-Exped. **D. Schürmann, Düsseldorf.**

Heiraten

Christl. Kreise wenden sich **zwecks Heirat** nur an das bevorzugte **alleinige Großinstitut** von Rheinl. u. Westf.

Fortuna Mülheim-Ruhr, Kettwiger Str. 35.

Dortmund, Westenhellweg 134. Inhaber **A. Trippel. Tausende Aufträge. Einheir.** all. Branch. Besuchss. auch Sonnt.

Kath. Ehen für Damen und Herren verm. streng reell, diskret und mit Erfolg. **Frau E. Kalthoff, Essen,** Rüttenscheider Str. 184. Telephon 41321.

3200 Anzüge

Mäntel und Hosen zu Ausnahmepreisen.

Anzüge strapazierfäh. Stoffe 26,- 19,- **15,-**

Anzüge blaue und dunkle Kammgarne, auf Roßhaar u. Leinen gearb. 39,- 33,- **29,-**

Hosen Breeches, Knickerbocker u. Anzugsh. 9,- 7,- 6,- **3.50**

Kleine Spesen — kleine Preise bei

Scheier Münster i. W. Spiekerhof 2 gegenüber Kiepenkerl

Rote-Kreuz-Geld-Lotterie

Ziehung v. 17. bis 20. Juli 1931.

10 420 Gewinne und 1 Prämie

im Gesamtbetrage von **200 000** ℳ

Höchstgewinn	**100 000**	„
1 Hauptgewinn	60 000	„
1 Prämie	40 000	„
1 Hauptgewinn	10 000	„
1 Hauptgewinn	5 000	„
2 Gew. zu je 2500 Rm. =	5 000	„
5 . . . 1000 Rm. =	5 000	„
10 . . . 500 Rm. =	5 000	„
50 . . . 100 Rm. =	5 000	„
100 . . . 50 Rm. =	5 000	„
250 . . . 20 Rm. =	5 000	„
1000 . . . 10 Rm. =	10 000	„
9000 . . . 5 Rm. =	45 000	„

Los 3,30 Rm. (Porto und Liste 40 Pfg. extra). Versand unt. Nachnahme.

Anz.-Verw. der Zeno Münster i. W., Salzstraße Nr. 33 a (am Servatiiplatz). Postscheck-Konto Dortmund 207 26.



Besuchen Sie unseren am Donnerstag, d. 25. Juni 1931, abends 8½ Uhr, in **Vreden,** im Rest. Otto Kleine, Markt, stattf.

Vortrag Ref.: Bürgerm. a. D. Bongaertz, Goch.

Deutscher Sparerbund f. Eigenheime eGmbH., Sitz: Düsseldorf, Oststr. 98. Depot- u. Depositenrecht vor Ende 1929 zuerk., daher b. Inkrafttret. d. Bausparkassengesetz. v. 30. 3. 31. ohne weit. zugelassen! Rusk. u. Prosp. kostenl. durch: Generalvertreter: **P. Küchhold,** Coesfeld, Borkener Str. 46. Vertreter: **Wenzel Rentrup,** Vreden.

Darlehen

bis zu Mk. 3000 für alle Zwecke zu günstigen Bedingungen, ratenweise Rückzahlung, schnellstens durch Vorschuß- u. Kreditverein Meitlach

Geschäftsstelle Münster, Eisenbahnstr. 11 I. Sprechzeit täglich von 9—18 Uhr. Sonntags bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreter-Besuch gegen Erstattung der Bahnfahrt.

Hofstelle

Eine Hofstelle zur Größe von 80—100 Morgen, mit neuwertigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, günstig z. Kirche u. Schule gelegen, von Selbstreflektant bei sofort. Barzahlung zu kaufen gesucht. Es kommt nur ein erstklassig. Objekt in Frage.

Eilofferten unt. Z 206 an die Allg. Zeitg., Coesfeld.

Eine zeitgemäße billige Lebens-Versicherung

für die z. B. ein 30jähriger für 1000.— Rm. nur 8,50 Rm. Prämie jährl. zahlt, vermittelt Gen.-Agt. Schrickel, **Münster,** Hermannstr. 63, der Vertreter überall anstellt.

Automobil-Interessenten

finden bei uns beim Kauf **gebrauchter Wagen konkurrenzlose Preise** und Auswahl in Personen-, Liefer- und Lastwagen.

Weitgehendste Zahlungserleichterungen!

Fischer & Co. GmbH., **Münster i. W.,** Bahnhofstr. 48. Tel. 23644



6.00 RM. kosten 50 m bestverzinktes

Drahtgeflecht 1 m breit. Verlangen Sie Angebot

Hermann Hüls, Drahtgeflechtfabrik, **Bielefeld.**